

# offen-siv

---

**Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

**6/2017**

---

**Spendenempfehlung: 3,00 €**

## **Ausgabe September-Oktober 2017**

Redaktionsnotiz.....	3
Zur Bundestagswahl.....	5
<i>Redaktion offen-siv: Wahlempfehlung</i> .....	5
Gegen den Antikommunismus.....	7
<i>Erklärung kommunistischer und Arbeiterparteien, 24.8.17:</i> Gegen den Antikommunismus.....	7
Imperialistisches Säbelrasseln.....	9
<i>Ron Paul: Nordkorea oder Iran ... wo wird Präsident Trump     zuerst angreifen?</i> .....	9

<i>New York Times</i> , 21.8.2017: Trumps Rede auf dem Militärstützpunkt Fort Myer in Arlington zur künftigen US-Politik in Afghanistan.....	11
<i>Brigitte Queck</i> : Kurzeinschätzung der Rede Trumps.....	19
<i>Brigitte Queck</i> : Warum müssen die Völker der Welt Venezuela verteidigen?.....	20
Thomas Müntzer und Martin Luther.....	22
<i>Gerhard Feldbauer</i> : Thomas Müntzer.....	22
<i>Gerhard Feldbauer</i> : Vorstellung des Buches von Peter Henkel: „Schluss mit Luther. Von den Irrwegen eines Radikalen.“.....	30
<i>Red. offen-siv</i> : Luther über Müntzer.....	33
Zur Geschichte des Sozialismus.....	33
<i>Gerhard Schiller</i> : Leipzig im Herbst 1989.....	33
Fernstudium.....	41
<i>Frank Flegel</i> : Bericht vom siebenten und letzten Seminar des von KPD und offen-siv organisierten marxistisch-leninistischen Fernstudiums 2016/2017.....	41
DKP.....	43
<i>Frank Flegel</i> : Über den Zentrismus. Replik zu Gerhard Feldbauers kritischem Beitrag: Zum Bericht über die Einheitskonferenz (offen-siv 3/2017).....	43
Zeitschrift Geheim.....	52
<i>Frank Flegel</i> : Hinweis auf die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift „Geheim“.....	52
offen-siv intern.....	57
<i>Miclas Lacorn</i> : Hilfe für die Arbeit am Projekt einer neuen Webseite der offen-siv erforderlich.....	57

## **Impressum**

### **offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel.

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen..

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Redaktion offen-siv, Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck

Tel.u.Fax: 05572 – 999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.net

#### Spendenkonto:

In- und Ausland: Konto Frank Flegel,

IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2HXXX;

Kennwort Offensiv.

## **Redaktionsnotiz**

Im Herbst dieses Jahres finden mehrere Veranstaltungen zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution in Rußland 1917 statt. In der Ausgabe Juli-August haben wir einen kurzen Blick auf die unterschiedlichen zentralen Veranstaltungen geworfen.

Hier wollen wir eingehen auf die von KPD, GRH, RFB, offen-siv, dem Deutschen Freidenkerverband und dem Kommunistischen Aktionsbündnis Dresden organisierte Veranstaltung, die am 4. November von 11.00 Uhr bis 18.00 Uhr in Heidenau bei Dresden in der Gaststätte „Drogenmühle“ stattfinden wird. Diesem Heft beigelegt ist ein Flyer zu dieser Veranstaltung.

Uns war wichtig, nicht nur die Oktoberrevolution zu feiern, sondern uns auch der Frage zu stellen, warum denn dieser nach der Pariser Commune zweite und zunächst doch sehr erfolgreiche Anlauf zum Sozialismus doch in einer Niederlage endete. Diese wie wir meinen für die Zukunft sehr wesentliche Frage ist leider eine sehr kontrovers diskutierte Frage – je nach der Stellung der einzelnen Verbände der kommunistischen Bewegung zu solchen Fragen wie der Planwirtschaft, des Klassenkampfes und natürlich der Bewertung der Geschichte der Sowjetunion vor allem in den 20er und 30er Jahren des vergangenen Jahrhundert, die verbunden ist mit dem Namen Stalin.

Wir freuen uns über die Breite der Träger unserer Veranstaltung, aber eins ist noch deutlicher geworden als zuvor: mit den Anhängern des Anti-Stalinismus, den

Protagonisten einer sozialistischen Marktwirtschaft, mit denjenigen, die von „Verbrechen und Entstellungen“ des Sozialismus sprechen, wenn sie die skizzierte Epoche meinen, ist kein Millimeter Annäherung möglich. Und dies nicht, weil wir nicht alle eingeladen hätten, sondern weil diese Kräfte kein Aufeinander-Zugehen in praktischen Fragen, keine Aktionseinheit, keine Diskussion, keine Argumentation, sondern nur Abgrenzung wollen.

So hält die Auseinandersetzung um die Oktoberrevolution der kommunistischen Bewegung in Deutschland den Spiegel vor. Wir müssen uns darüber klar sein, dass der Zustand der ideologischen Verwirrung weiter anhält. Immerhin tun wir mit dem Fernstudium etwas dagegen, aber wenn man die wirklich riesengroßen, unglaublich weit verbreiteten Probleme, Illusionen, Lügen und Verdrehungen sieht, ist das natürlich nicht ausreichend.

Auch über dieses Problem findet Ihr einiges in diesem Heft.

Ansonsten geht es um die Bundestagswahl, um die wachsende Kriegsgefahr und die USA, um Thomas Müntzer und Martin Luther – aber keine Angst, nicht kirchengeschichtlich, sondern klassenkämpferisch -, um das Fernstudium, um die DKP, um Leipzig 1989 und anderes.

Wir müssen uns an Euch mit einer dringenden Bitte wenden: Für die Veranstaltung zu Ehren der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution fehlen uns noch mehrere hundert Euro. Bitte helft uns mit Spenden! Wir sind dringend auf Euch angewiesen. Wer uns unterstützen will: Bitte die unten angegebene Konto-Verbindung benutzen - mit dem Kennwort: „Roter Oktober“. Herzlichen Dank!

Für die Redaktion: Frank Flegel

**Spendenkonto Offensiv:**

**Konto Frank Flegel,**

**IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,**

**BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.**

## Zur Bundestagswahl

### **Redaktion offen-siv: Wahlempfehlung**

Zunächst bringen wir wie immer vor Wahlen den Wahlauf Ruf der Pariser Kommune, weil er erstens schon 146 Jahre alt und immer noch aktuell ist und weil er damit zeigt, dass diese oberflächlichen, der Waschmittelreklame ähnelnden Wahlkämpfe und die damit verbundene Oberflächlichkeit der Wahlentscheidungen systemimmanent sind, also systematisch aus dem bürgerlichen Parlamentarismus entspringen – denn sonst hätte man in den vergangenen 146 Jahren ja wenigstens etwas aus dem damaligen Wahlauf Ruf lernen können. Der lautete nämlich wie folgt:

*„Vergesst nicht, daß diejenigen Menschen euch am besten dienen werden, die ihr aus eurer eigenen Mitte wählen werdet, die das gleiche Leben wie ihr führen, und die die gleichen Leiden ertragen, wie ihr. Hütet euch vor Leuten, die zu viel reden, und vermeidet vom Schicksal Begünstigte, denn selten nur will derjenige, der ein Vermögen besitzt, im Arbeitenden seinen Bruder sehen. Wählt eher diejenigen, die sich um eure Stimme nicht bewerben. Der wahre Verdienst ist bescheiden, und es ist die Sache der Wähler, ihre Kandidaten zu kennen und nicht der Kandidaten, sich erst vorzustellen.“*

*(Aufruf zur Kommune-Wahl, erlassen vom Zentralkomitee der Nationalgarde am 25. März 1871)*

Zugegeben, eine solche Wahlorientierung ist bei der vor der Tür stehenden Bundestagswahl für uns Wähler unmöglich, uns bleiben nur die Parteien und die von ihnen ausgewählten Direktkandidaten bzw. Kandidatenlisten. Was tun wir damit?

Dass man keine bürgerliche Partei wählen kann, ist selbstverständlich. Bleibt also nur die Frage: Partei „Die Linke“, DKP oder gar MLPD?

Sehen wir kurz hin:

Die Partei „Die Linke“ beherbergt sehr unterschiedliche Strömungen in sich, was in der Gesamtbeurteilung aber unwichtig wird angesichts der Hegemonie der kleinbürgerlichen Reformorientierung. Das ist schon wenig genug. Wir müssen uns aber darüber im Klaren sein, dass selbst von diesem Wenigen bei bisherigen Regierungsbeteiligungen auf Landesebene (siehe z.B. Berlin oder Thüringen) so gut wie nichts übrig geblieben ist.

Bleibt die Friedensfrage. Bisher ist die Partei „Die Linke“ die einzige Partei im Bundestag, deren Beschlusslage Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnt. Aber

natürlich wird von interessierter Seite in der Partei weiterhin daran gearbeitet, diese Beschlusslage wenn nicht sofort zu kippen, so sie doch wenigstens auszuhöhlen und zu „entschärfen“ (Einzelfälle prüfen, unter bestimmten Bedingungen Ausnahmen zulassen usw.). Es gibt Kreise in der DKP (die rechte Fraktion), die der Auffassung sind, dass wir alles tun sollten für eine starke „Linke“ im Bundestag. (Zu der Frage, wieso Kreise in der DKP sich bei der Bundestagswahl für die Partei Die Linke aussprechen, obwohl ihre eigenen Partei kandidiert, an anderer Stelle in diesem Heft mehr.)

Wer das berühmte Radieschen wählen will, außen rot und innen weiß, der mag der Partei „Die Linke“ die Stimme geben. Wir raten davon ab.

Die MLPD steht in der Tradition des späten Maoismus, der nichts so hasste wie die Sowjetunion und die RGW-Staaten. Einige kurze Zitate aus dem Parteiprogramm verdeutlichen das:

Kapitel F: Die Lehren aus der Restauration des Kapitalismus in den ehemals sozialistischen Ländern und der Kampf gegen den Revisionismus: „...1956 ergriff eine neue Bourgeoisie unter Führung Chruschtschows die politische Macht in der Sowjetunion. Sie ... restaurierte schrittweise den Kapitalismus. Auf der Grundlage dieses staatsmonopolistischen Kapitalismus neuen Typs bildete sich der sowjetische Sozialimperialismus heraus. ... Die revisionistische Führung der KPdSU zwang ... die meisten Länder des ehemals sozialistischen Lagers auf den kapitalistischen Weg und brachte sie ... in neokoloniale Abhängigkeit von der Sowjetunion.“ In der DDR täuschte „die neue Bourgeoisie“ das Volk „über den bürokratisch-kapitalistischen Charakter der DDR.“ (Quelle: offizielle Internet-Seite der MLPD.) Daneben findet man auf dieser Internet-Seite der MLPD ein Bild, welches u.a. Walter Ulbricht und Erich Honecker zeigt mit der Bildunterschrift: „Erich Honecker und Walter Ulbricht: Vertreter der neuen Bourgeoisie in der ehemaligen DDR“.

Dem entsprechend begrüßte die MLPD dann auch die Konterrevolution in der DDR.

Wenn man das nicht einfach als „durchgeknallt“ bezeichnen will, dann wird man sagen müssen, dass diese Partei – unabhängig vom Fühlen und Wollen einzelner Mitglieder – objektiv konterrevolutionär ist. Insofern kann man sie keinesfalls wählen.

Die DKP. Auch wenn die DKP eine Menge ideologischer Probleme hat und unter fraktioneller Tätigkeit ihres rechten Flügels leidet, ist sie neben der eben erwähnten nicht wählbaren MLPD die einzige zugelassene Partei, die die Eigentumsfrage stellt und den Sozialismus als Ziel formuliert. Sie tut das leider nicht klar und nicht konsequent genug, trotzdem rufen wir heute und hier zur Wahl der DKP auf.

Wahlenthaltung ist keine Lösung, denn Ihr wisst: eine niedrige Wahlbeteiligung erhöht den Prozentanteil der Parteien, die ihr Wählerpotential mobilisieren können– und das sind angesichts des grassierenden Rassismus mit Sicherheit die Faschisten.

## Gegen den Antikommunismus

### ***Erklärung kommunistischer und Arbeiterparteien, 24.8.17:*** **Gegen den Antikommunismus**

Die kommunistischen und Arbeiterparteien verurteilen die antikommunistischen Festspiele der estnischen EU-Präsidentschaft im Rahmen des so genannten „Europäischen Gedenktages für die Opfer der totalitären Regime“, wie ihn die EU in den vergangenen Jahren am 23. August etablieren wollte.

Das antikommunistische Treffen zielt darauf ab, den Sozialismus und seine beispiellosen Errungenschaften für die Arbeiter zu verleumden, die Geschichte zu verfälschen, auf unhistorische und inakzeptable Weise den Kommunismus mit dem Ungeheuer des Faschismus und seinen Gräueltaten gleichzusetzen.

Die Gleichstellung des Kommunismus mit dem Faschismus bedeutet, den Faschismus und den Mutterleib, der ihn gebiert und nährt, das kapitalistische Ausbeutungssystem, zu entlasten. Diesem Zweck dient es auch, wenn in einigen EU-Staaten Kommunisten verfolgt und verurteilt sowie kommunistische Parteien verboten werden, während gleichzeitig Nazikollaborateure und ihre politische Nachkommenschaft geehrt werden und ersteren für ihre Taten Rentenzahlungen gewährt werden.

Die Arbeiter können nun Schlüsse ziehen aus der Tatsache, dass die Eskalation des Antikommunismus die Intensivierung der volksfeindlichen Maßnahmen, der Einschränkung der Arbeiter- und Menschenrechte sowie die Entfesselung neuer imperialistischer Kriege signalisiert.

Die Wahrheit wird sich durchsetzen. 100 Jahre nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution kann die Überlegenheit des sozialistischen Systems nicht verborgen werden, wie viele Tonnen von Schmutz auch darauf geworfen werden. Die Völker werden über ihren Kampf Wege zu einer Gesellschaft finden, in welcher der Wohlstand jenen zu Gute kommt, die ihn produzieren, zum Sozialismus-Kommunismus.

Unterzeichnende Parteien:

*Kommunistische Partei Albaniens, Algerische Partei für Demokratie und Sozialismus, Kommunistische Partei Aserbaidschans, Kommunistische Partei Australiens, Kommunistische Partei Bangladeschs, Brasilianische Kommunistische Partei, Kommunistische Partei Brasiliens, Kommunistische Partei Britanniens, Kommunistische Partei Dänemarks, Deutsche Kommunistische Partei, Kommunistische Partei Estlands, Kommunistische Partei Finnlands, Kommunistische Arbeiterpartei – Für Frieden und Sozialismus, Finnland, Pol der kommunistischen Wiedergeburt in Frankreich, Revolutionär-Kommunistische Partei, Frankreich, Kommunistische Revolutionäre Partei Frankreichs, Vereinigte Kommunistische Partei Georgiens, Kommunistische Partei Griechenlands, Kommunistische Partei Indiens, Kommunistische Partei Indiens (Marxistisch), Tudeh-Partei des Iran, Arbeiterpartei Irlands, Kommunistische Partei Irlands, Kommunistische Partei Israels, Kommunistische Partei, Italien, Sozialistische Bewegung Kasachstans, Kommunistische Partei Kasachstans, Sozialistische Arbeiterpartei Kroatiens, Sozialistische Partei Lettlands, Kommunistische Partei Lettlands, Kommunistische Partei Luxemburgs, Kommunistische Partei Maltas, Kommunistische Partei Mexikos, Sozialistische Volkspartei Mexikos, Kommunistische Partei Moldaus, Neue Kommunistische Partei der Niederlande, Partei der Arbeit Österreichs, Palästinensische Kommunistische Partei, Paraguayische Kommunistische Partei, Peruanische Kommunistische Partei, Kommunistische Partei Polens, Kommunistische Partei Puerto Ricos, Sozialistische Partei Rumäniens, Rumänische Kommunistische Partei, Rumänische Kommunistische Partei XXI. Jahrhundert, Kommunistische Partei der Russischen Föderation, Russische Kommunistische Arbeiterpartei, Kommunistische Partei der Sowjetunion, Kommunistische Partei Sri Lankas, Kommunistische Partei der Völker Spaniens, Kommunistische Partei Schwedens, Syrische Kommunistische Partei, Kommunistische Partei Tadschikistans, Kommunistische Partei Transnistriens, Kommunistische Partei Böhmens und Mährens, Kommunistische Partei der Türkei, Kommunistische Partei der Ukraine, Union der Kommunisten der Ukraine, Ungarische Arbeiterpartei, Weißrussische Kommunistische Arbeiterpartei, Fortschrittspartei des werktätigen Volkes, Zypern.*

## Imperialistisches Säbelrasseln

### **Ron Paul: Nordkorea oder Iran ... wo wird Präsident Trump zuerst angreifen?**

Präsident Trump scheint ungeduldig auf mindestens einen katastrophalen Krieg zuzurasen. Vielleicht zwei. Die große Frage ist, wer der erste sein wird? Nordkorea oder Iran?

Im Lauf der letzten paar Tage (Ende Juli 2017, d.Red.) hat Präsident Trump zwei atomwaffenfähige B-1-Bombenflugzeuge über die koreanische Halbinsel geschickt, um eine klare Botschaft zu senden, dass er bereit ist, Nordkorea anzugreifen. Am Samstag gab er China die Schuld an der Weigerung Nordkoreas, seine Raketentests einzustellen. Er twitterte: *„Ich bin sehr enttäuscht von China ... sie tun nichts für uns in Nordkorea, reden nur. Wir werden nicht länger zulassen, dass das so weitergeht.“*

Ein Pressebericht aus einer ungenannten Quelle im Pentagon behauptete, dass Präsident Trump *„innerhalb eines Jahres einen militärischen Angriff auf Nordkorea befehlen wird“*, nachdem Nordkorea an diesem Wochenende eine Langstreckenrakete getestet hat.

Auch der Iran, gegen den gemeinsam mit Nordkorea und Russland vom Kongress neue Sanktionen verhängt worden sind, die Trump erwartungsgemäß absegnen wird, befindet sich in Präsident Trumps Fadenkreuz. Laut Berichten war er aufgebracht, als sein Außenminister Rex Tillerson bestätigte, dass der Iran das Atomabkommen nicht einhält – obwohl der Iran dieses einhält – und er scheint entschlossen zu sein, eine Konfrontation herbeizuführen.

Zweimal in der vergangenen Woche schoss das Militär der Vereinigten Staaten von Amerika auf iranische Schiffe im Persischen Golf. Am Dienstag wurden auf ein iranisches Militärschiff von einem US-Marineschiff Maschinengewehr-Warnsalven abgegeben. Am Freitag feuerte die US-Marine auf ein anderes iranisches Schiff, das im Persischen Golf operierte. (Die Daten beziehen sich auf Ende Juli 2017, d. Red.)

Stellen Sie sich das mal anders herum vor, die Marine der Vereinigten Staaten von Amerika würde iranischen Kriegsschiffen im Golf von Mexiko begegnen und diese würden das Feuer eröffnen!

Angesichts neuer Sanktionen gab die iranische Regierung bekannt, dass sie die Raketentests nicht beenden wird, nicht einmal unter dem Druck der Vereinigten Staaten von Amerika. Das Raketenprogramm stellt keine Verletzung des P5+1-

Abkommens mit dem Iran dar, solange es nicht speziell auf die Beförderung von Atomwaffen ausgerichtet ist.

Wen wird Trump also als ersten angreifen? Hoffen wir keinen, aber unter dem anhaltenden Druck von Demokraten und Republikanern auf der Grundlage der aus der Luft gegriffenen „Russiagate“-Anschuldigungen sieht es zunehmend danach aus, dass er Entlastung suchen wird, indem er einen „netten kleinen Krieg“ beginnt. Wenn er das tut, wird es wahrscheinlich mit seiner Präsidentschaft vorbei sein und er wird enden, indem er in einen viel größeren Krieg hineinstolpert.

Wenn auch Trumps bombastische Rhetorik in Sachen Iran und Nordkorea ziemlich durchgehend ist, so haben die Amerikaner Trump doch gewählt, weil er als derjenige der beiden Kandidaten betrachtet wurde, der die Vereinigten Staaten von Amerika eher nicht in einen größeren Krieg führen würde.

Eine neue Studie der Universität Boston und der Universität von Minnesota kam zum Schluss, dass Trump die meisten Stimmen in den Teilen des Landes mit den höchsten Zahlen von militärischen Toten bekommen hat.

Diejenigen, die am meisten unter den Kosten des Kriegs zu leiden haben, wurden zu dem Kandidaten hingezogen, von dem sie annahmen, dass er die Vereinigten Staaten von Amerika weniger wahrscheinlich in einen weiteren großen Krieg führen würde. Das sind die Amerikaner in den Swing-Staaten Wisconsin, Pennsylvania und Michigan, die die Experten überraschten, indem sie für Trump statt für Hillary stimmten.

Wird Trumps Hinterlassenschaft sein, dass wir in einen oder zwei Kriege hineintheatert worden sind, die Irak und Afghanistan vergleichsweise wie Spaziergänge aussehen lassen? Mit Millionen von Toten? Es ist Zeit, dass wir unsere Stimmen erheben, ehe es zu spät ist!

Erschienen am 1. August 2017 auf Ron Paul Institute for Peace and Prosperity und [Antiwar.com](http://Antiwar.com)

## ***New York Times, 21.8.2017: Trumps Rede auf dem Militärstützpunkt Fort Myer in Arlington zur künftigen US-Politik in Afghanistan,***

**Übersetzung: Brigitte Queck**

PRÄSIDENT TRUMP: Vielen Dank. Vielen Dank. Bitte setzen Sie sich.

Vizepräsident Pence, Staatssekretär Tillerson, Mitglieder des Kabinetts, General Dunford, Stellvertretender Sekretär Shanahan und Oberst Duggan!

Besonders danke ich den Männern und Frauen von Fort Myer und jedem Militärmitglied der Vereinigten Staaten von Amerika im In- und Ausland.

Wir senden unsere Gedanken und Gebete an die Familien unserer tapferen Seeleute, die nach einer tragischen Kollision auf See verletzt wurden und vermisst sind, sowie diejenigen, die mit Such- und Wiederaufbaumaßnahmen beschäftigt sind.

Ich bin heute Abend hier, um unseren Weg in Afghanistan und Südasien zu erörtern.

Aber bevor ich die Details unserer neuen Strategie vorstelle, möchte ich einige wenige Worte zu den Service-Mitgliedern sagen, die hier heute Abend zugegen sind, zu denjenigen, die heute aufpassen, sowie denjenigen, die auf ihren Posten sind, sowie allen Amerikanern, die zu Hause zuhören.

Seit der Gründung unserer Republik hat unser Land etwas Besonderes geschaffen, die Klasse der Helden, deren Selbstlosigkeit, Mut und Entschlossenheit in der Geschichte der Menschheit unübertroffen ist. Amerikanische Patrioten aus jeder Generation haben bis zum letzten Atemzug auf dem Schlachtfeld für unsere Nation und für unsere Freiheit das Beste gegeben.

Durch ihr Leben, und obwohl ihr Leben kurz bemessen war, durch ihre Taten haben sie die totale Unsterblichkeit erreicht. Nach dem heroischen Beispiel derjenigen, die kämpften, um unsere Republik zu bewahren, können wir die Inspiration bekommen, die unser Land als Ganzes braucht, um zu gesunden und eine Gottesnation zu bleiben.

Die Männer und Frauen unseres Militärs arbeiten als ein Team, mit einer Mission und ein gemeinsames Ziel. Das gemeinsame Dienen und Opfern überwindet Rasse, Ethnizität, Glaubensbekenntnis und Farbe. Das zusammen ergibt einen absolut perfekten Zusammenhalt. Das ist, weil alle Service-Mitglieder Brüder und Schwestern sind, alle Teil der gleichen Familie.

Und diese heißt „amerikanische Familie“. Sie unterstehen dem gleichen Eid, kämpfen unter der gleichen Flagge und leben nach demselben Gesetz. Sie sind zusammen

vereint durch das gemeinsame Ziel, gegenseitiges Vertrauen und selbstlose Hingabe an unsere Nation und zueinander.

Der Soldat versteht, was wir als Nation zu oft vergessen, dass die Wunde, die einem einzelnen Mitglied unserer Gemeinde zugefügt wird, eine Wunde ist, die uns allen zugefügt wurde, das, wenn einem Teil von unserer amerikanischen Gemeinschaft eine Wunde zugefügt wurde, es uns alle betrifft.

Und wenn ein Bürger eine Ungerechtigkeit erleidet, leiden wir alle zusammen. Loyalität zu unserer Nation verlangt Loyalität zueinander. Liebe für Amerika verlangt Liebe für all seine Menschen. Wenn wir unsere Herzen für den Patriotismus öffnen, gibt es keinen Raum für Vorurteile, keinen Platz für Bigotterie und keine Toleranz für Hass.

Die jungen Männer und Frauen, die wir in den Kampf geschickt haben, gesendet, um unsere Kriege im Ausland zu führen, verdienen es, in ein Land zurückzukehren, das sich zu Hause nicht im Krieg mit sich selbst befindet. Wir können nicht eine Kraft für den Frieden in der Welt bleiben, wenn wir nicht miteinander in Frieden leben. Wenn wir unsere Tapfersten schicken, um unsere Feinde in Übersee zu besiegen - und wir werden immer gewinnen - müssen wir den Mut finden, unsere Abteilungen innerhalb des Landes zu ordnen (heilen). Lasst uns einfach den Männern und Frauen, die in unserem Namen kämpfen, ein einfaches Versprechen geben, dass sie, wenn sie aus der Schlacht zurückkehren, ein Land vorfinden werden, das seine heiligen Bande der Liebe und Loyalität erneuert hat, die uns vereinen als Ganzes und untereinander.

Dank der Wachsamkeit und Geschicklichkeit des amerikanischen Militärs und unserer vielen Verbündeten in der ganzen Welt: der Schrecken des 11. September - und niemand kann das je vergessen - wird sich das an unseren Ufern nicht wiederholen.

Aber wir müssen die Realität anerkennen, derentwegen ich hier bin, um heute Abend zu Ihnen zu sprechen.

Fast 16 Jahre nach dem 11. September, nach dem außergewöhnlichen Opfer von Blut und Verlusten, ist das amerikanische Volk müde vom Krieg ohne Siege. Nirgends ist das deutlicher als im 17-jährigen Krieg in Afghanistan, dem längsten Krieg in der amerikanischen Geschichte.

Ich teile die Enttäuschung der Amerikaner. Ich teile auch ihre Frustration über eine Außenpolitik, die zu viel Zeit, Energie, Geld und vor allem Leben gekostet hat, um die Länder in unserem eigenen Interesse wieder aufzubauen, trotz aller eigenen Sicherheitsinteressen. Darum bat ich kurz nach meiner Ernennung zum Präsidenten den Verteidigungsminister Mattis und mein nationales Sicherheitsteam, um eine umfassende Überprüfung aller strategischen Optionen in Afghanistan, sowie

Südasiens. Mein ursprünglicher Instinkt siegte. Und im Üblichen folge ich gern meinen Instinkten.

Aber mein ganzes Leben lang habe ich gehört, dass Entscheidungen oft anders sind, als du sie als Präsident am Schreibtisch im Oval Office treffen kannst.

So studierte ich Afghanistan sehr gründlich und von allen Seiten.

Nach vielen Treffen und vielen Monaten haben wir letzten Freitag in Camp David zusammen mit meinem Kabinett und meinen Generälen unsere Strategie getroffen.

Ich kam zu drei grundlegenden Schlussfolgerungen über die Kerninteressen Amerikas.

Erstens muss unsere Nation eine ehrenvolle und dauerhafte Lösung suchen, die ihrem Ergebnis und der enormen Opfer, die es gegeben hat, würdig sind. Die Männer und Frauen, die unserem Lande im Kampf dienen, verdienen einen Plan für den Sieg. Sie verdienen die Waffen, die sie für den Kampf und den Sieg brauchen.

Zweitens sind die Konsequenzen eines schnellen Abzugs nach dem 9/11, dem schlimmsten Terroranschlag in unserer Geschichte, der geplant von Afghanistan ausging, weil dieses Land vom Terror regiert wurde und eine Regierung hatte, die Trost und Schutz für Terroristen gab. vorhersehbar und unakzeptabel.

Ein eiliger Rückzug würde ein Vakuum für Terroristen schaffen, das sowohl von der ISIS, als auch von der Al-Qaida gefüllt und zu dem Zustand führen würde, wie er vor dem 11. September war.

Wie wir wissen, hat sich Amerika im Jahre 2011 hastig und eilig irrtümlich aus dem Irak zurückgezogen. Infolgedessen gingen unsere hart gewonnenen Gewinne in die Hände der Terroristen, der Feinde, zurück. Unsere Soldaten beobachteten, wie Städte, für die sie gekämpft und geblutet hatten, die sie erobert und befreit hatten, von einer terroristischen Gruppe namens ISIS besetzt wurden. Das Vakuum haben wir geschaffen, indem wir zu früh abgezogen sind und damit einen sicheren Hafen für die ISIS geschaffen haben, der sich ausbreitete, wuchs und rekrutierte, sowie zu neuen Attacken ausholte.

Wir können diesen Fehler, den unsere Führer im Irak gemacht haben, in Afghanistan nicht wiederholen.

Drittens schließlich kam ich zu dem Schluss, dass die Sicherheitsbedrohungen, mit denen wir in Afghanistan und in der breiteren Region konfrontiert sind, ganz immens sind. Heute sind 20 U.S.-designierte ausländische Terrororganisationen aktiv in Afghanistan und Pakistan und damit ist die höchste Konzentration in dieser Region erreicht, höher als sonst wo auf der Welt.

Für seinen Teil, bietet Pakistan oft einen sicheren Hafen für Agenten des Chaos, der Gewalt und des Terrors. Die Bedrohung ist schlimmer, weil Pakistan und Indien zwei Atommächte sind, deren angespannte Beziehungen in einen Konflikt münden können. Und das könnte passieren.

Niemand bestreitet, dass wir eine sich ändernde und beunruhigende Situation in Afghanistan und Südasien geerbt haben. Aber können uns nicht den Luxus leisten, früher zurückzukehren und andere oder bessere Entscheidungen zu treffen.

Als ich Präsident wurde, bekam eine schlechte und sehr komplexe Handhabe. Aber ich wusste, dass ich große und komplizierte Probleme zu lösen hatte. Doch so oder so, diese Probleme werden gelöst werden. Ich bin ein Problemlöser. Und am Ende werden wir gewinnen.

Wir müssen die Realität der Welt ansprechen, wie sie jetzt existiert, und die Bedrohungen, denen wir gegenüberstehen, sowie die Konfrontation aller Probleme von heute und die äußerst vorhersehbaren Konsequenzen eines eiligen Rückzugs. Wir brauchen nur den bösen Terroranschlag der letzten Woche in Barcelona anzuschauen, um zu verstehen, dass Terrorgruppen nie aufhören werden, Mord an unschuldigen Männern, Frauen und Kindern zu begehen.

Wie ich in meiner Rede in Saudi Arabien vor drei Monaten skizzierte, sind Amerika und unsere Partner verpflichtet, den Terroristen ihre Territorien zu entreißen, die Finanzierung der Terroristen zu beenden und die falsche Faszination ihres bösen Tuns zu entlarven. Die Ideologie der Terroristen, die unschuldige Menschen schlachten, wird keinen Ruhm finden. Nicht in diesem Leben oder im nächsten. Sie sind nichts als Schläger, Verbrecher und Raubtiere und - das ist richtig - Verlierer.

Wir arbeiten zusammen mit unseren Verbündeten, wir werden den Willen der Terroristen brechen, sie auslöschen und sie davon abhalten, unsere Grenzen zu überschreiten, und ja, wir werden sie besiegen.

In Afghanistan und Pakistan sind die Interessen Amerikas klar. Wir müssen garantieren, dass die Terroristen nicht mehr von sicheren Häfen aus handeln.

Und wir müssen verhindern, dass Atomwaffen und andere Materialien in die Hände von Terroristen gelangen und gegen uns oder irgendwo in der Welt angewendet werden.

Aber um diesen Krieg zu führen, werden wir aus der Geschichte lernen. Als ein Resultat unserer umfassenden Überprüfung wird sich die amerikanische Strategie in Afghanistan und Südasien auf folgende Weise dramatisch ändern:

Ein Kernpfeiler unserer neuen Strategie ist eine Verschiebung von einem zeitbasierten Ansatz unseres Abzugs zu einer Entscheidung darüber auf der Grundlage von Bedingungen. Ich habe es schon oft gesagt. Kontraproduktiv ist es für die Vereinigten Staaten im Voraus über Termine zu sprechen, oder darüber, welche militärischen Optionen wir beginnen oder beenden wollen. Wir werden nicht über die Anzahl der Truppen oder unsere Pläne von militärischen Aktivitäten sprechen. Wie wir unsere Strategie von nun an weiterführen, Amerikas Feinde dürfen es nie wissen!

Ich werde nicht sagen, wann wir angreifen werden, aber wir werden angreifen!

Amerika wird seine Unterstützung für die afghanische Regierung und die Afghanischen Militärs fortsetzen und das afghanische Militär wird auf dem Schlachtfeld die Taliban bekämpfen. Es liegt letztendlich an den Menschen in Afghanistan, ihre Zukunft zu gestalten, ihre Gesellschaft zu regieren und einen ewigen Frieden zu erreichen. Wir sind ein Partner und ein Freund. Aber wir werden dem afghanischen Volk nicht diktieren, wie sie zu leben haben oder wie sie ihre eigene komplexe Gesellschaft regieren wollen. Wir sind keine Nationenbildner. Wir töten Terroristen.

Ein anderer Kernpfeiler unserer Strategie ist die Einbeziehung aller Instrumente der amerikanischen Politik - Diplomatie, Wirtschaft und Militär - um einen Erfolg zu erzielen. Eines Tages nach einem militärischen Sieg wird vielleicht eine politische Übereinkunft möglich sein, die Teile der Taliban in Afghanistan einschließt. Aber niemand weiß, ob und wann das geschehen wird.

Die nächste Säule unserer neuen Strategie ist es, den Ansatz zu ändern, wie wir mit Pakistan umgehen. Wir können nicht mehr über Pakistans sicheren Hafen für terroristische Organisationen, die Taliban und andere Gruppen, welche eine Bedrohung für die Region und darüber hinaus darstellen, schweigen. Pakistan hätte viel von einer Partnerschaft mit uns zu gewinnen.

Afghanistan hat viel zu verlieren, wenn es weiterhin Verbrechern und Terroristen Schutz bietet.

In der Vergangenheit war Pakistan ein geschätzter Partner. Unsere Militärs haben gegen gemeinsame Feinde zusammengearbeitet. Die pakistanischen Menschen haben sehr stark unter Terrorismus und Extremismus gelitten. Wir erkennen ihre Beiträge und ihre Opfer. Aber Pakistan hat auch die gleichen Organisationen geschützt, die jeden Tag versuchen, unsere Leute zu töten. Wir haben Pakistan Milliarden bezahlt und Milliarden von Dollar sind zur gleichen Zeit zu den Terroristen gewandert, die wir bekämpfen.

Das muss sich ändern. Und das wird sich sofort ändern. Die Partnerschaft kann überleben. Es ist Zeit für Pakistan, sein Engagement für Zivilisation, Ordnung und Frieden zu demonstrieren.

Ein weiterer kritischer Teil der Südasien-Strategie für Amerika ist, seine strategische Partnerschaft mit Indien weiter auszubauen. Indien ist ein wichtiger Sicherheits- und Wirtschaftspartner der Vereinten Nationen. Wir schätzen Indiens wichtige Beiträge zur Stabilität in Afghanistan, und Indien macht Milliarden von Dollar im Handel mit den Vereinigten Staaten. Aber wir wollen, dass es uns besser in Afghanistan hilft, vor allem im Bereich der wirtschaftlichen Unterstützung und Entwicklung.

Wir sind verpflichtet, unsere gemeinsamen Ziele für Frieden und Sicherheit zu verfolgen - in Südasien und der breiteren Indo-Pazifik-Region.

Schließlich wird meine Administration dafür sorgen, dass Sie, die mutigen Verteidiger des amerikanischen Volkes, die notwendigen Waffen und Regeln für ihr Engagement erhalten, um diese Strategie schnell umzusetzen. Ich habe bereits die nötigen Anweisungen gegeben, Beschränkungen, die das Verteidigungsministerium den Frontkommandeuren im Kampf gegen den Feind auferlegt hatte, aufzuheben.

Das Mikromanagement von Washington D.C. gewinnt keine Schlachten. Sie werden auf dem Feld gewonnen, wo Urteil und Kriegsfachwissen der Kommandanten und der Frontsoldaten gefragt sind, die in Echtzeit mit ihrer echten Autorität und mit einer klaren Mission den Feind besiegen sollen. Deshalb werden wir auch die Autorität für die amerikanischen Streitkräfte erweitern.

Das Ziel der Terroristen und kriminellen Netzwerke ist, Gewalt und Chaos in ganz Afghanistan zu säen. Diese Mörder müssen wissen, dass sie sich nirgendwo verstecken können, dass es für sie keinen Platz außerhalb der Reichweite der amerikanischen Macht gibt.

Die Macht der amerikanischen Armee, ihrer Vergeltung wird schnell und mächtig sein, da wir Beschränkungen ihrer Behörden aufheben und die Möglichkeiten der Armee erweitern. Wir sehen schon gute Ergebnisse in der Kampagne, die ISIS zu besiegen, einschließlich der Befreiung von Mosul im Irak. Seit meiner Amtsübernahme haben wir hier einen rekordverdächtigen Erfolg erzielt. Wir werden auch Sanktionen und andere Finanzen und Gesetze maximieren.

Durchsetzungsmaßnahmen gegen diese Terror-Netze ist angesagt, um deren Fähigkeit zum Export von Terror zu beseitigen.

Wenn Amerika seine Krieger zum Kampf verpflichtet, müssen wir sicherstellen, dass sie jede Waffe schnell, entscheidend und überwältigend anwenden. Unsere Truppen werden kämpfen, um zu gewinnen - wir werden kämpfen, um zu gewinnen.

Von nun an haben wir eine klare Definition beim Angriff auf unsere Feinde: die ISIP auslöschen, Al-Qaida zertrümmern und verhindern, dass die Taliban Afghanistan übernehmen, sowie Massenterror-Angriffe gegen Amerika verhindern, bevor sie entstehen.

Wir werden unsere NATO-Verbündeten und globalen Partner bitten, unsere neue Strategie mit zusätzlicher Truppen und Finanzierung zu unterstützen. Wir sind zuversichtlich, dass sie es tun werden.

Seit meinem Amtsantritt habe ich deutlich gemacht, dass unsere Verbündeten und Partner viel leisten und viel mehr Geld für unsere kollektive Verteidigung ausgeben müssen. Und das haben sie getan.

In diesem Kampf wird die schwerste Last weiterhin von den guten Leuten Afghanistans und ihren mutigen Streitkräften getragen werden. Wie der Ministerpräsident von Afghanistan versprochen hat, werden sie mitmachen und bei der wirtschaftlichen Entwicklung helfen, sowie die Kosten für diesen Krieg gemeinsam mit uns zu tragen. Afghanistan kämpft, um sein Land zu verteidigen und zu sichern, da es die gleichen Feinde hat, die uns bedrohen. Je stärker die Afghanischen Sicherheitskräfte werden, umso weniger haben wir zu tun. Afghanistan wird sicherer werden, seine eigene Nation aufbauen und die eigene Zukunft gestalten. Wir wollen, dass sie siegen.

Wir wollen nie wieder die Militärmacht Amerikas nutzen, um Demokratien in fernen Ländern aufzubauen, um sie in diesen Ländern nach unserem Bilde zu gestalten. Diese Zeiten sind vorbei! Wir bitten andere nicht, ihre Lebensstrategie zu ändern, sondern gemeinsame Ziele zu verfolgen, die unseren Kindern erlauben werden, besser zu leben und Leben zu retten.

Diese realistischen Prinzipien werden unsere Entscheidungen zukünftig leiten.

Militärmacht allein wird Afghanistan keinen Frieden bringen. Terroristische Anschläge beherrschen das Land. Aber strategische Ziele schaffen die Voraussetzung, Bedingungen für einen politischen Prozess zu schaffen, einen dauerhaften Frieden herzustellen.

Amerika wird mit der afghanischen Regierung so lange zusammenarbeiten, bis wir Beständigkeit und Fortschritt spüren. Aber unsere Zusammenarbeit ist nicht unbegrenzt und unsere Unterstützung ist kein Blanko-Scheck. Die Regierung von Afghanistan muss ihren Teil der Last auf militärischem, politischem und ökonomischem Gebiet tragen. Die amerikanischen Menschen erwarten wirkliche Reformen, wirklichen Fortschritt und wirkliche Resultate. Unsere Geduld ist nicht unbegrenzt. Wir werden unsere Augen offenhalten.

Ich will standhaft bleiben, amerikanische Leben und Amerikas Interessen zu verteidigen. Auf diese Weise werden wir gemeinsame Sache machen mit jeder Nation, die sich dazu entschlossen hat, gemeinsam mit uns gegen die globalen Bedrohungen zu kämpfen. Terroristen haltet ein: Amerika wird niemals aufgeben, bis ihr eure endgültige Niederlage erlitten habt.

Unter meiner Führung wird es viele Billionen Dollar mehr geben für unser Militär und das schließt ein, dass eine große Summe für den Nuklearbestand und die Raketenabwehr ausgegeben wird.

In jeder Generation, die vor dem Angesicht des Teufels stand, haben wir gesiegt. Wir siegten, weil wir wussten, wer wir sind und wofür wir kämpften. Nicht weit von dem Platz, an dem wir uns versammelt haben, liegen Hunderttausende von Amerikanern auf dem Arlington National Friedhof. Auf diesem ist mehr Mut, Tapferkeit und Liebe vereint, als in irgendeinem Gebiet auf dieser Welt.

Viele derjenigen, die in Afghanistan gekämpft haben und gestorben sind, stehen in Verbindung mit den Ereignissen des 11. September 2001. Sie starben aus dem einfachen Grund: Sie liebten Amerika und sie waren dazu berufen, es zu verteidigen.

Jetzt müssen wir sichern, dass unsere Soldaten nicht umsonst gestorben sind. Wir müssen uns vereinen, um Amerika vor seinen Feinden im Ausland zu verteidigen. Wir müssen die Anleihen der Loyalität unter unseren Bürgern zu Hause wiederherstellen. Und wir müssen ein ehrenvolles und dauerhaftes Ergebnis erreichen, um uns dem enormen Preis, den so viele mit ihrem Leben bezahlt haben, würdig zu erweisen.

Durch unser Handeln in den kommenden Monaten wird jedem gefallenem Helden, jeder Familie, die einen geliebten Menschen verloren hat, jedem verwundeten Krieger, der sein Blut zur Verteidigung unserer großen Nation vergossen hat, die gebührende Ehre zu Teil werden.

Mit unserer Entschlossenheit sorgen wir dafür, dass Ihr Dienst und Ihre Familien unseren Feinden eine Niederlage beibringen werden und Frieden einkehren wird. Wir werden siegen mit der Macht unserer Herzen, dem Mut unserer Seelen und dem ewigen Stolz jedes einzelnen von Euch.

Vielen Dank. Möge Gott unser Militär segnen, und möge Gott die Vereinigten Staaten von Amerika segnen.

Vielen Dank. Vielen Dank.

Quelle: <https://www.nytimes.com/2017/08/21/world/asia/trump-speech-afghanistan.html?mcubz=1>

## ***Brigitte Queck: Kurzeinschätzung der Rede Trumps***

Trump stellt in seiner Rede zur künftigen Politik der USA bezüglich Afghanistans die Wahrheit auf den Kopf.

1. Er verschweigt bewusst, dass die USA mit ihren blutigen Regimechanges in aller Welt (alleine der Vietnamkrieg kostete mehr als 12 Millionen Menschenleben) mehr Tote zu verantworten haben als der 1. und 2. Weltkrieg zusammen genommen, und er bezeichnet umgekehrt die Aggressionskriege der US-Soldaten in aller Welt als Heldentum und Notwendigkeit für einen dauerhaften Frieden.
2. Angesichts der schrecklichen Ereignisse in Barcelona, die 15 Menschen das Leben gekostet haben, schwört er den Attentätern unerbittliche Rache, als ob es nicht die USA waren, die vor Jahren via jordanischer Grenze ISIS-Kämpfer ausgebildet hatten, um das Leben eigener amerikanischer Soldaten bei Kriegseinsätzen zu schützen.
3. Trump will anscheinend, um den Prestigeverlust der USA in Syrien zu kompensieren - erinnert sei dabei nur an die Festnahme von US/NATO-Eliteeinheiten vor einigen Monaten, welche ja angeblich keineswegs in Form von Bodentruppen vor Ort waren - und die Ohnmacht der USA, manifestiert darin, den vom syrischen Volk gewählten Präsidenten Assad mittels eines von ihnen geplanten Regimechanges nun doch nicht stürzen zu können, seine Truppen nunmehr verstärkt in Afghanistan einsetzen.
4. Sein Setzen auf die korrupte afghanische Regierung und bezahlte afghanische Söldner sowie sein Versprechen, sich nach einem gemeinsamen Sieg im Sinne Amerikas und der westlichen Welt nicht wie anderswo in die inneren Angelegenheiten Afghanistans einzumischen zu wollen, zeugt davon, wie weit der amerikanische Präsident, der mit einem endlichen Sieg in Afghanistan zum Zusammenhalt Amerikas und seiner Bürger beitragen möchte, von der Wirklichkeit entfernt ist.
5. Da hilft ihm auch nicht, das amerikanische Volk und die Welt an den 11. September 2001 zu erinnern, an dem angeblich Terroristen von Afghanistan aus das Welthandelszentrum in New York in Schutt und Asche gelegt haben sollen. Denn mittlerweile pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass diese Aktion von Teilen der US-Regierung und ihres Geheimdienstes geplant und durchgeführt worden ist, um dem Militär-Industrie-Komplex in den USA durch die auf dieser verlogenen Grundlage "notwendig gewordenen" Anti-Terrorkriege in aller Welt neue Geldmittel und Arbeitsmöglichkeiten zum "Wohle Amerikas" zu verschaffen!

## ***Brigitte Queck: Warum müssen die Völker der Welt Venezuela verteidigen?***

### **Zu den angeführten Punkten in Bezug auf Venezuela ein Vergleich mit dem reichsten und angeblich demokratischsten Land Europas - der Bundesrepublik**

1.- Laut Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuela hat jeder Bürger Venezuelas das Recht auf Arbeit und die Pflicht zu arbeiten. Dabei ist jeder Arbeitgeber verpflichtet, seinen Beschäftigten angemessene Arbeitsbedingungen und Sicherheit am Arbeitsplatz zu garantieren, was vom Staat kontrolliert wird.

In der Bundesrepublik ist das Recht auf Arbeit verfassungsmäßig nicht garantiert und der Staat hat aufgrund der in diesem Staate vorherrschenden Privatwirtschaft, KEIN RECHT, sich in die internen Angelegenheiten der Betriebe einzumischen !

2. Der venezolanische Staat garantiert die Gleichstellung von Mann und Frau. Die Hausfrauentätigkeit wird als Wirtschaftstätigkeit anerkannt und deshalb haben die Hausfrauen Venezuelas das Recht auf soziale Absicherung auch im Rentenfall!

In der Bundesrepublik haben die Frauen von jeher weniger Rechte als die Männer. Die Frauen der BRD verdienen im Durchschnitt 20-25 % weniger als ihre männlichen Kollegen!

3. Jeder venezolanische Bürger hat das Recht auf soziale Sicherheiten, d.h. Gesundheitsversicherung in allen Lebenslagen wie Invalidität, Arbeitslosigkeit, Wohnungsverhältnissen, u.dgl.

In der Bundesrepublik können alle, die im Jahr zu lange krank sind, bzw. diejenigen, die sich in unliebsamen Parteien engagieren, arbeitslos werden!

4. Jeder Venezolaner hat das Recht auf angemessenen Wohnraum.

Das ist in der Bundesrepublik Deutschland nicht der Fall, weil es in diesem Staat auf den Geldbeutel ankommt, ob sich jemand einen angemessenen Wohnraum leisten kann!

5. Der venezolanische Staat hat ein öffentliches Gesundheitswesen unter staatlicher Leitung, das auf den Prinzipien der Kostenfreiheit, Universalität, Gleichheit und Solidarität beruht.

In der Bundesrepublik gibt es ein privates Gesundheitssystem. Es gibt zwei Arten der Krankenversicherungen: gesetzliche und private. Ein Privatversicherter wird auf jeden Fall besser und bevorzugt behandelt. Ein nichtversicherter Mittelloser hat in der Bundesrepublik nicht das Recht auf medizinische Behandlung. Es gab in der BRD

bereits einige Fälle, in denen dies durch nicht rechtzeitige Behandlung des Betroffenen zum Tode geführt hat!

6. Die Renten dürfen in Venezuela nicht niedriger sein als der städtische Mindestlohn.

In der BRD gibt es nicht wenige Fälle, wo die Rentner 40 Jahre gearbeitet haben, deren Rente aber heute nicht einmal ausreicht, um ihre eigene Miete zu bezahlen. Sie müssen folglich auch im Rentenalter noch arbeiten oder zusätzliche staatliche Hilfe in Anspruch nehmen, die ihnen gegebenenfalls auch verweigert werden kann!

7. Der venezolanische Staat garantiert Familien mit geringen Einkünften Kredite für den Bau, Erwerb oder Ausbau von Wohnraum.

Dies ist in der Bundesrepublik ein unerreichbarer Traum, der in der Stadt und auf dem Lande nur in der sozialistischen DDR verwirklicht wurde!

8. Die Kultur und traditionelle Medizin der indigenen Völker wird vom venezolanischen Staat anerkannt.

In der Bundesrepublik sind alternative Heilmethoden nicht staatlich anerkannt. Bei Kindern von medizinischen Alternativanhängern werden notfalls staatliche Zwangsmaßnahmen angeordnet!

9. Die Bildung in Venezuela ist bis zur Universität eine öffentliche und kostenfreie Dienstleistung. Daher hat jeder das Recht auf umfassende und gute Bildung mit gleichen Bedingungen und Chancen. Private Bildungseinrichtungen unterstehen der Aufsicht und Überwachung des Staates.

In der Bundesrepublik bekommen die Kinder nicht überall eine umfassende und gute Bildung, die zudem in den verschiedenen Bundesländern sehr unterschiedlich gehandhabt wird. Gute und umfassende Bildung hängt in der BRD vom Geldbeutel der Eltern ab!

10. Der öffentliche Rundfunk und das Fernsehen kostet in Venezuela nichts.

In der Bundesrepublik Deutschland müssen auch diejenigen, die keinen Fernseher bzw. Rundfunkempfänger haben, GEZ-Gebühren bezahlen!

11. Monopole und Großgrundbesitz sind in Venezuela nicht erlaubt.

In der Bundesrepublik Deutschland ist Privatwirtschaft, wie übrigens in allen Staaten der EU, nicht nur erlaubt, sondern erwünscht und in internationalen Verträgen verankert. Die Monopole werden vom Staat nicht nur bevorzugt behandelt, sie bestimmen die Politik der BRD und aller Länder der EU. Besonders der letzte Punkt ist ausschlaggebend dafür, dass das Monopolkapital, besonders der USA, befürchtet,

dass Venezuela in Zukunft Vorbildwirkung nicht nur für die übrigen lateinamerikanischen Staaten, sondern auch für die USA selbst haben könnte !

Deshalb wird, wie bei allen vormaligen Regimechanges nach dem 2. Weltkrieg unter Führung der USA - siehe Dominikanische Republik, Guatemala, Chile, Afghanistan, Irak, Jugoslawien, Libyen, um nur einige zu nennen, bei denen mehr Tote zu beklagen waren, als im 1. und 2. Weltkrieg zusammen genommen - jetzt auch in Syrien, bzw. Venezuela, alles dafür getan, dass möglichst nicht die Bevölkerung dieser Staaten über ihr eigenes Schicksal bestimmt sondern die Mächtigsten dieser Welt - 0,1 Prozent der Bevölkerung – die vor nichts zurückschrecken, um ihre Interessen durchzusetzen und die an den von ihnen angezettelten Kriegen sehr gut verdienen.

**DESHALB MÜSSEN DIE VÖLKER DER WELT VENEZUELA UND SYRIEN UNTERSTÜTZEN!!!**

## Thomas Müntzer und Martin Luther

### ***Gerhard Feldbauer: Thomas Müntzer***

Der revolutionäre Führer der Bauern und der Volksreformation wird im 500jährigen Jubiläum kaum beachtet

Hochgejubelt wird Martin Luther, der auf die Seite der Feudalreaktion übergang und zum Mord an den Bauern aufrief.

Die herausragende Persönlichkeit der Reformation, deren 500. Wiederkehr dieses Jahr begangen wird, war der Führer Bauern, Thomas Müntzer.<sup>1</sup> Eine Würdigung seiner Rolle sucht man in den zahlreichen Veranstaltungen oder Verlautbarungen dieses Jubiläums vergebens.

Hochgejubelt bis zum geht nicht mehr wird Martin Luther. Mit seinem Wittenberger Thesenanschlag am 31. Oktober 1517, in dessen Mittelpunkt die Kritik am Ablasshandel stand, leitete er die Reformation ein. Er wurde damit zum Begründer des deutschen Protestantismus und Vertreter des bürgerlich-gemäßigten Lagers. Auf dem Reichstag zu Worms lehnte er 1521 den von Karl V. verlangten Widerruf ab. Mit

---

<sup>1</sup> Der Name wird sowohl Müntzer als auch Münzer geschrieben. Außer bei Zitierungen wird hier tz geschrieben.

seiner Bibelübersetzung leistete er einen Beitrag zur Herausbildung der deutschen Schriftsprache und Literatur.

Die Auswirkungen seines Übergang auf die Seite der Feudalreaktion, deren blutrünstiges Vorgehen er mit seiner Schrift „Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern“ noch anheizte, werden fast völlig verschwiegen, allenfalls mal in einem Nebensatz erwähnt. Sein 1529 verfasster Katechismus wurde entscheidendes Mittel der Untertanenerziehung. Mit seiner unnachgiebigen Haltung im Abendmahlsstreit bei den Marburger Religionsgesprächen 1529 verhinderte er ein Zusammengehen mit dem radikalen Schweizer Reformator Huldrych Zwingli<sup>2</sup>, was die Positionen der katholischen Partei in der Schweiz stärkte.

Ganz zu schweigen davon, dass es keinerlei Einordnung gibt, dass mit und von Luther in der frühbürgerlichen Revolution der Verrat des Bürgertums beginnt, der sich fortsetzt über die Revolution 1848/49 und aufgenommen wird, beispielsweise von einem Gustav Noske, der als Reichswehrminister der sozialdemokratischen Regierung Scheidemann 1918/19 die revolutionären Erhebungen der Arbeiter erbarmungslos niederschlug und den Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu verantworten hat. Seine Worte „einer muss der Bluthund sein“ verkörperten, wie sich Luthers Aufruf zur Niederschlagung der Bauern und zum Mord an ihnen im Denken und Handeln der Großbourgeoisie als Vertreter der reaktionären Interessen des Kapitals und des mit der Feudalkaste bei der Reichsgründung 1870/71 bekräftigten Bündnisses, dem sich auch die reformistische Führung der Sozialdemokratie verschrieb, verfestigt hatte.

Dass der als „Held“ gefeierte Begründer der Reformation sich beim näheren Hinsehen als übelster Volks- und Menschenfeind erweist, wird mit der folgenden Vorstellung eines aufschlussreichen Buches belegt.

An Müntzers Wirken war am 15. Mai zu erinnern. An diesem Tag fand 1525 bei Frankenhausen in Thüringen die entscheidende Schlacht des großen deutschen Bauernkrieges statt, bei der das von ihm geführte Bauernheer eine Niederlage erlitt und damit die revolutionären Volkserhebungen zu Ende gingen. Der etwa 8.000 Mann zählende Thüringer Haufen hatte auf einer Anhöhe, die heute noch Schlachtberg heißt, eine Wagenburg gebildet und sich dahinter verschanzt. Das angreifende Heer

---

<sup>2</sup> Der 1484 geborene Huldrych Zwingli, war ein radikaler Schweizer Reformator, der entscheidende und für diese Zeit weitreichende soziale und ökonomische Reformen einleitete, die Bauernaufstände unterstützte und als Feldprediger das Reformationsheer in die Schlachten gegen die katholischen Truppen begleitete. Am 11. Oktober 1531 fiel er in der zweiten Schlacht bei Kappel, was zum Niedergang der Reformation führte.

der vereinten Fürsten mit dem Landgrafen von Braunschweig und dem Herzog von Sachsen an der Spitze zählte über 10.000 erfahrene Kriegsknechte, viele beritten, und eine große Zahl Geschütze. Das Kräfteverhältnis war jedoch nicht nur zahlenmäßig ungleich. Der Thüringer Haufen besaß nicht die Kampfkraft, über welche die oberschwäbischen und fränkischen oder später die Tiroler Bauern verfügten und die dem Truchseß zeitweise schwere Niederlagen beibrachten. Die Müntzerschen waren schlecht bewaffnet, zählten nicht viele gediente Soldaten, hatten nur acht Geschütze und wenige militärisch erfahrene Führer.

Die Fürsten setzten auf ihre bereits in den vorangegangenen Kämpfen praktizierte Taktik. Sie boten Verhandlungen an und schlossen einen vierstündigen Waffenstillstand, um dann noch vor dessen Ablauf wortbrüchig Müntzers Wagenburg zusammenzuschießen und zu überrennen.

Im Lager schwankte während der vier Stunden die Stimmung. Unterhändler der Fürsten hatten gegen Kapitulation und Auslieferung Müntzers und seiner Hauptleute allen Bauern Amnestie versprochen. Ein adliger Führer und ein Priester sammelten Anhänger, um Müntzer auszuliefern und die Wagenburg zu übergeben. Müntzers Einfluss war jedoch stärker, so dass eine Mehrheit des Haufens die beiden Verräter zum Tode verurteilte. Sie wurden enthauptet. Müntzer wandte nunmehr seine ganze Beredsamkeit auf und mahnte seine Brüder, den so oft wortbrüchigen Fürsten nicht zu glauben, ihre Tyrannei nicht zu vergessen. Deutlich fragte er aber auch, ob sie seine Person nicht doch den Fürsten überantworten möchten. Aber alle schrien, so berichteten die Chronisten, „Nein, nein; tot oder lebendig wollen wir hie beieinander bleiben.“ „So will Gott denn nicht“, rief ihnen Müntzer zu, „dass ihr Frieden mit den Gottlosen machen sollt. Fechtet unerschrocken und tröstet euch göttlicher Hilfe.“ Laut und vielstimmig antwortete der Haufen: „Frisch dran und dreingeschlagen und gestochen und der Bluthunde nicht geschont.“<sup>3</sup> Ein Regenbogen, Symbol der Fahne der Bauern, soll am Himmel erschienen sein und ihnen Siegeszuversicht gegeben haben.

---

<sup>3</sup> Wilhelm Zimmermann: „Der Große Deutsche Bauernkrieg“. Dietz-Verlag, Berlin/DDR 1952. Zimmermann war protestantischer Professor der Theologie, Teilnehmer an der Revolution 1848/49 auf dem linken Flügel, Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung. Friedrich Engels hat in seiner Schrift „Der deutsche Bauernkrieg“, der „materialistischen Analyse einer ganzen Geschichteperode, sich auf das von Zimmermann zusammengestellte Tatsachenmaterial gestützt und „die sozialökonomischen Ursachen der Reformation und des Bauernkrieges, den Klassencharakter dieser politischen und religiösen Kämpfe aufgedeckt, in denen die deutschen idealistischen Bourgeoishistoriker ‚noch immer weiter nichts als heftige theologische Zänkereien‘ sahen“. (Siehe Vorwort zu „Der deutsche Bauernkrieg, Bd. 7 der Marx-Engels-Werke, Berlin/DDR 1960.)

Während der Haufen feierlich die Melodie anstimmte „Komm, Heiliger Geist, Herre Gott“, um sich zur Schlacht zu weihen, überschütteten die Geschütze der Fürsten eine Stunde vor Ablauf der Waffenstillstandsfrist das Lager mit einem todbringenden Hagel ihrer Geschosse. Unmittelbar danach brach ihre Reiterei in die Wagenburg ein und begann unter den überraschten Bauern ein furchtbares Gemetzel. Ein Teil, so heißt es, „wehrte sich wild und tapfer gegen die ansprengenden Reisigen, brachte Wunden und Tod über sie, bis er durch die Überzahl überwältigt wurde.“ Viele flüchteten, um in Frankenhausen Zuflucht zu suchen, setzten sich anhaltend immer wieder zur Wehr.

Mit den Flüchtigen drangen indessen auch die Kriegsknechte in die Stadt ein und richteten unter den Bauern ein furchtbares Gemetzel an. Wilhelm Zimmermann schrieb: „Alles, was den Reisigen aufstieß, wurde niedergehauen; in und um Frankenhausen war nichts als Jammer und Blutvergießen; selbst in den Kirchen und Klöstern und in den Häusern wurde gewürgt und geplündert; der durch die Stadt fließende Bach wälzte sich als Blutbach fort. Fünftausend Bauern waren auf dem Feld und in der Stadt erschlagen, und die Fürsten, des Blutes noch nicht satt, ließen noch 300 Gefangene, ohne Untersuchung der Schuld oder Unschuld, unter das Rathaus führen und sie enthaupen.“

Müntzer, selbst verwundet, wurde gefangen und zwölf Tage grässlich gefoltert. Herzog Georg<sup>4</sup> und die anderen Fürsten waren zugegen und weideten sich an seinen Qualen. Am Ende der Torturen brachte man ihn, auf einen Leiterwagen geschmiedet, nach Mühlhausen, wo er den „Ewigen Rat“ gebildet hatte. Die Fürsten ließen es sich nicht nehmen, auch seinem Tod zuzuschauen. Münzer lehnte jeden Widerruf ab und klagte sie im Angesicht des Todes nochmals unerbittlich an.<sup>5</sup> Seine letzten Worte sind wie folgt aufgezeichnet worden: „Die Fürsten sollen fleißig in der Heiligen Schrift lesen, zumal in den Büchern Samuelis und der Könige, dort werden sie Beispiele genug finden, was Tyrannen für ein Ende nehmen, und darin mögen sie sich wohl spiegeln.“ Die Chronik vermeldet weiter: „Dann fiel der Streich, sein Rumpf wurde aufgespießt, der Kopf am Schadeberg auf einen Pfahl gesteckt.“ Man schrieb den 27. Mai 1525. Müntzer, dessen Geburtsjahr nicht genau bekannt ist, es war 1489 oder 1490, wurde kaum 35 Jahre alt.

Mit der Niederlage bei Frankenhausen und dem Tod Müntzers gingen die großen Bauernerhebungen in Deutschland zu Ende. Es folgten noch Aufstände im Elsass, in

---

<sup>4</sup> Schwäbischer Heerführer aus dem Haus Truchseß von Waldburg.

<sup>5</sup> Ein später verbreiteter „Widerruf“ war, wie Hans-Jürgen Goertz festhält, "durch und durch manipuliert worden".

Tirol und Salzburg unter Michael Gaismaier<sup>6</sup> und Erhebungen in der Schweiz, die ebenfalls mit dem Sieg der feudalen Kräfte und Gegnern der Reformation endeten.

Der mit dem ersten großen Aufstand 1476 unter Hans Böheim, dem Pfeiferhänlein von Niklashausen<sup>7</sup>, begonnene deutsche Bauernkrieg war entscheidender Bestandteil und zugleich Höhepunkt der frühbürgerlichen Revolution, die bereits plebejische Züge zeigte.

Der einen historischen Fortschritt verkörpernde Protestantismus verlieh ihr eine religiöse Verkleidung, stellte, wie Franz Mehring schrieb, „den ideologischen Überbau einer ökonomischen Entwicklung, die sich in der manigfaltigsten Weise vollzog“<sup>8</sup>, dar.

In den Erhebungen der Bauern kam zum Ausdruck, dass es darum ging, das wirtschaftlich und politisch überlebte Feudalsystem zu überwinden und den Weg frei zu machen für eine bürgerliche Gesellschaft. Als die am meisten ausgebeuteten und unterdrückten wurden die Bauern zur entscheidenden Triebkraft dieser Revolution.

Zu ihrer elendigen Lage hielt Engels fest: „Auf dem Bauer lastete der ganze Schichtenbau der Gesellschaft: Fürsten, Beamte, Adel, Pfaffen, Patrizier und Bürger. Ob er der Angehörige eines Fürsten, eines Reichsfreiherrn, eines Bischofs, eines Klosters, einer Stadt war, er wurde überall wie eine Sache, wie ein Lasttier behandelt, und schlimmer. War er Leibeigner, so war er seinem Herrn auf Gnade und Ungnade zur Verfügung gestellt. War er Höriger, so waren schon die gesetzlichen, vertragsmäßigen Leistungen hinreichend, ihn zu erdrücken, aber diese Leistungen wurden täglich vermehrt. Den größten Teil seiner Zeit musste er auf den Gütern des Herrn arbeiten; von dem, was er sich in den wenigen freien Stunden erwarb, mussten Zehnten, Zins, Gült, Bede, Reisegeld (Kriegssteuer), Landessteuer und Reichssteuer

---

<sup>6</sup> Führer der Tiroler Bauernaufstände. Im April 1926. Lieferte er in einer glänzenden Kampagne den von verschiedenen Seiten heranziehenden Bayern, Österreichern, schwäbischen Bundestruppen und erzbischöflichen Landsknechten bei Golling, Kitzbühel, Kirchberg und Mauterndorf eine „Reihe brillanter Gefechte“ schrieb Engels in „Der deutsche Bauernkrieg“.

<sup>7</sup> Viehknecht und Volksprediger, der zum Krieg gegen die Fürsten aufrief. Das von ihm geführte Bauernheer wurde auf 70.000 Mann geschätzt. Der Aufstand wurde vom Bischof von Würzburg niedergeschlagen, Böheim am 19. Juli 1476 auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Die Schriftstellerin Alex Wedding (Grete Weiskopf) verfasste über ihn das Buch „Die Fahne des Pfeiferhänleins“, Verlag Neues Leben, Berlin (Ost) 1948.

<sup>8</sup> Über die Zeit der frühbürgerlichen Revolution, der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges, in: Zur deutschen Geschichte bis zur Zeit der Französischen Revolution. Gesammelte Schriften, Bd. 5. Dietz-Verlag, Berlin/DDR, 1964.

gezahlt werden. Er konnte nicht heiraten und nicht sterben, ohne daß dem Herrn gezahlt wurde. Er musste außer den regelmäßigen Frondiensten für den gnädigen Herrn Streu sammeln, Erdbeeren sammeln, Heidelbeeren sammeln, Schneckenhäuser sammeln, das Wild zur Jagd treiben, Holz hacken usw. Fischerei und Jagd gehörten dem Herrn: der Bauer musste ruhig zusehen, wenn das Wild seine Ernte zerstörte. Die Gemeindeweiden und Waldungen der Bauern waren fast überall gewaltsam von den Herren weggenommen worden. Und wie über das Eigentum so schaltete der Herr willkürlich über die Person des Bauern, über die seiner Frau und seiner Töchter. Er hatte das Recht der ersten Nacht. Er warf ihn in den Turm, wenn's ihm beliebte, wo ihn mit derselben Sicherheit wie jetzt der Untersuchungsrichter damals die Folter erwartete. Er schlug ihn tot oder ließ ihn köpfen, wenn's ihm liebte. Von jenen erbaulichen Kapiteln der Carolina<sup>9</sup>, die da von ‚Ohrenabschneiden‘, von ‚Nasenabschneiden‘, ‚von Augenausstechen‘, ‚von Abhacken der Finger und der Hände‘, von ‚Köpfen‘, von ‚Rädern‘, von ‚Verbrennen‘, von ‚Zwicken mit glühenden Zangen‘, von ‚Vierteilen‘ usw. handeln, ist kein einziges, das der gnädige Leib- oder Schirmherr nicht nach Belieben gegen seine Bauern angewandt hätte“ (Friedrich Engels, a. a. O.).

Die Bewegung in Thüringen bildete, so Engels, den „Kulminationspunkt des ganzen Bauernkrieges“ und scharte sich „um seine großartigste Gestalt, um Thomas Münzer“.

Obwohl zahlenmäßig der herrschenden Klasse weit überlegen, gelang es den Bauern jedoch nicht, ihre Kräfte zu vereinigen. Ihre einzelnen Bauernhaufen fügten den Heeren der Fürsten zeitweise schwere Niederlagen zu. Das Bürgertum, das objektiv an die Spitze der revolutionären Prozesse hätte treten müssen, war durch die fehlende staatliche Einheit in seiner Entwicklung gehemmt. Es gelang ihm nicht, dieser Aufgabe nachzukommen, was sich darin zeigte, dass es die Bauern im Stich ließ.

Dazu trug die reaktionäre Kehrtwende Luthers an die Seite der Fürsten bei. Von Müntzer ausgehende Versuche, ein Bündnis mit den revolutionären plebejischen Schichten der Städte herzustellen, blieben ebenfalls erfolglos. Vom Bürgertum im Stich gelassen, ließen sich die Bauern auf Verhandlungen mit den Fürsten ein und verfielen schließlich mehr oder wenig der Illusion, ihre Rechte durch Verträge mit diesen zu sichern. So gelang es dem Schwäbischen Bund unter Georg Truchseß von Waldburg, die Bauernheere einzeln zu schlagen.

---

<sup>9</sup> Es handelt sich um die von Kaiser Karl V. 1532 erlassene Constitutio Criminalis Carolina, das erste deutsche Strafgesetzbuch mit Leibes- und Lebensstrafen.

Aus dem Kleinbürgertum, einer Handwerkerfamilie kommend, studierte Münzer Theologie, promovierte zum Magister und bildete bereits 1513 in Magdeburg eine gegen die fürstliche Macht gerichtete konspirative Handwerkervereinigung, studierte in Prag die Erfahrungen der Hussiten und wirkte unter anderem als Geistlicher in Weißenfels, Aschersleben und Braunschweig. In Zwickau kam er als Prediger 1520/21 mit den plebejischen Schichten (Bergknappen) und der unter ihnen tätigen chilastischen Sekte der Wiedertäufer des Tuchmachers Nikolaus Storch (genannt Pelargus) zusammen. Hier fand Münzer den Weg zu den einfachen Menschen und schuf seine geistliche Lehre, nach der Gott stets und überall zu seinen Auserwählten spricht, und das vom Geiste des lebendigen Gotteswortes geläuterte Volk die Umgestaltung des irdischen Lebens in seine Hand nehmen muss.

Während Luther sich von dessen gewaltsamen Predigten abwandte und sich auf die Seite der Fürsten schlug, führte Müntzer, der ursprünglich zu seinen aktivsten Mitstreitern gehörte, nunmehr die eigene Sicht einer radikalen kirchlichen und politischen Erneuerung zur Abkehr von diesem. Im März 1523 ermöglichte ihm die Übernahme einer Pfarrstelle in Allstedt bei Halle den Gottesdienst zur Gewinnung der Gläubigen zu nutzen. Hier heiratete er im selben Jahr die ehemalige Nonne Otilie von Gersen, mit der er einen Sohn hatte. In Allstedt, das zum „Gegenwittenberg“ und Zentrum der reformatorischen Bewegung wird, entstehen Müntzers wichtigste politische und theologische Schriften, so die „Deutsch-evangelische Messe“, „Deutsches Kirchenamt“, „Protestation oder Entbietung“ und 1524 die „Fürstenpredigt“, eine flammende Anklage gegen das blutsaugerische Feudalsystem.

Im März 1524 gründet Müntzer den „Allstedter Bund“, den er zu einer die Bauern einigenden Organisation gestalten wollte. Im Herbst reist er nach dem Schwarzwald, wo sich unter seinem Einfluss der dort ausgebrochene Bauernaufstand radikalisiert. Anfang 1525 kehrt er nach Thüringen zurück. Auf seine Initiative wird in der Reichsstadt Mühlhausen der „Ewige Rat“ geschaffen, das Modell einer politischen und sozialen Umgestaltung. Müntzer vereinigt mehrere Thüringer Haufen und hoffte, Thüringen zum Zentrum der vereinigten Bauernbewegung zu machen. Er warb für das Bündnis mit den städtischen Schichten und eröffnete Ende April einen erfolgreichen Feldzug gegen die Feudalherren im Eichsfeld.

Am 11. Mai traf Müntzer in Frankenhausen ein und übernahm die Führung der dort versammelten Haufen. Hier vollendete sich das Schicksal dieses furchtlosen revolutionären Führers der Bauern und der Volksreformation, der frühzeitig zum "Gegenspieler“ Martin Luthers wurde und mit seinen kühnen Gedanken seiner Zeit weit voraus war. Friedrich Engels schrieb über ihn und seine Epoche: "Es gab eine Zeit, wo Deutschland Charaktere hervorbrachte, die sich den besten Leuten der Revolutionen anderer Länder an die Seite stellen können, wo das deutsche Volk eine

Ausdauer und Energie entwickelte, die bei einer zentralisierten Nation die großartigsten Resultate erzeugt hätte, wo deutsche Bauern und Plebejer mit Ideen und Plänen schwanger gingen, vor denen ihre Nachkommen oft genug zurückschauderten" (a. a. O.).

Nach der Niederlage Müntzers 1525 wurde die Reformation zu einem Instrument der feudalen Politik der Fürsten, die sie zur Stärkung der Landeskirchen auf ihren Territorien nutzten und damit die staatliche Zersplitterung Deutschlands vertieften. Darauf übte Luther mit seiner Parteinahme für die Fürsten einen großen Einfluss aus. Viele von ihnen traten zum Protestantismus über, zogen den Kirchenbesitz ein und stärkten so ihre Positionen. Alle Versuche der Kaiserherrschaft, die politische Einheit des Reiches herzustellen, scheiterten am Partikularismus der Territorialfürsten. Im Augsburger Religionsfrieden von 1555<sup>10</sup> musste der Kaiser die Selbständigkeit der Fürsten anerkennen. Sie erhielten das Recht, die Religionszugehörigkeit ihrer Untertanen zu bestimmen.

Das förderte, gestützt auf Heer und Bürokratie und auf absolutistischer Basis die Kleinstaatserei, besonders in Bayern und Sachsen, was viele Fürsten ins Schlepptau ausländischer Mächte trieb.

Wenn man die daraus resultierenden Folgen der Niederlage der frühbürgerlichen Revolution betrachtet, muss man den Dreißigjährigen Krieg einbeziehen, der Deutschland in seiner historischen Entwicklung ein weiteres Mal aufhielt. In der machtpolitischen Auseinandersetzung zwischen dem Habsburger Block Österreich-Spanien und Frankreich mit wechselnden Verbündeten, welche die Dimension eines europäischen Krieges annahm, wurde Deutschland zum Hauptkriegsschauplatz und erlitt die furchtbarsten Verwüstungen. Seine Produktivkräfte wurden in großem Maße vernichtet, die ohnehin labile Zentralgewalt weiter geschwächt, die Einwohnerzahl sank von siebzehn auf vier Millionen, die Bauern wurden in tiefstes Elend gestürzt, das Bürgertum ruiniert. Franz Mehring hielt für diese Zeit fest, dass nie „ein großes Kulturvolk eine ähnliche Zerstörung zu erdulden gehabt“ hat (a. a. O.). Deutschland wurde in seiner Entwicklung weit hinter die anderen europäischen Länder zurückgeworfen und zum Spielball der Großmächte des Kontinents. Mit der Einheit Deutschlands war es für über zwei Jahrhunderte vorbei.

---

<sup>10</sup> Vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation am 25. September 1555 auf dem Reichstag zu Augsburg erlassenes Gesetz, das den Anhängern der lutherischen Reichsstände ihre Besitzstände und freie Religionsausübung zugestand. Damit sollte eine friedliche und dauerhafte Koexistenz von Luthertum und Katholizismus im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation verwirklicht werden.

Wer im Jubiläumsjahr nach Leserstoff sucht, dem sei das fulminante Werk des Vorsitzenden der Thomas Müntzer-Gesellschaft, Hans-Jürgen Goertz, emeritierter Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Hamburg, empfohlen: Thomas Müntzer. Revolutionär am Ende der Zeiten. Verlag C. H. Beck, München 2015. Goertz vergisst nicht, darauf zu verweisen, dass Müntzer zum gepflegten historischen Erbe in der DDR gehörte und schreibt, einen Revolutionär wie Müntzer kannte „im östlichen Teil Deutschlands später jedes Schulkind“. Nach ihm „wurde die thüringische Stadt benannt, in der er zuletzt gewirkt hatte, Mühlhausen: Thomas-Müntzer-Stadt. Arbeiterbrigaden und landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, Schulen und Straßen trugen seinen Namen.“ Und der Verfasser stellt gegenüber: „Im westlichen Teil Deutschlands war Müntzer kaum bekannt. Kein Denkmal erinnerte an ihn und kein Platz.“ Daran hat sich im Jubiläumsjahr nichts geändert.

## ***Gerhard Feldbauer: Vorstellung des Buches von Peter Henkel: „Schluss mit Luther. Von den Irrwegen eines Radikalen.“***

**Der als Held der Reformation gefeierte Martin Luther war ein übler Volks- und Menschenfeind, der reaktionärem Obrigkeitsdenken anhing, den Tötungsterror der Fürsten anheizte, ein Feind des Humanismus und vor allem ein fanatischer Judenhasser war**

In Aufsehen erregender Weise rechnet der langjährige Journalist der „Frankfurter Rundschau“, Peter Henkel, mit dem im 500. Jubiläumsjahr der Reformation als „Freiheitsheld und Pionier der Neuzeit“ gefeierten Martin Luther ab. In seinem Buch „Schluss mit Luther“ weist er faktenreich nach, dass der Verkünder des Thesenanschlags von Wittenberg am 31. Oktober 1517, der ursprünglich Luder hieß, in Wirklichkeit mit seiner religiösen Doktrin Hass und Fanatismus verbreitete, reaktionärem Obrigkeitsdenken anhing, den Tötungsterror der Fürsten verteidigte und ein Feind des Humanismus dieser Zeit war.

Der Autor vergisst nicht Luthers Verdienste, so die Bekämpfung des Ablasshandels, dass er in Worms mutig Kaiser und Reichstag den Widerruf verweigerte und einen Beitrag zur Schaffung der deutschen Schriftsprache leistete.

Obwohl gegen den Papst als Stellvertreter Gottes vorgehend, gehörte zu Luthers „Selbstverständnis als Prophet“ dass er „seine Erkenntnisse direkt von Gott“ gehabt habe. Wie er „in vielem knietief in der mystischen Frömmigkeit des Mittelalters

steckt“ belegt der Autor, wenn er dessen Haltung zum Menschen wiedergibt, der für ihn ein „Klumpen Sündendreck“ war, ausgemacht durch „Sünde, Blindheit, Elend, Gottlosigkeit, Unwissenheit, Hass, Gottesverachtung, Tod, Hölle und verdienten Gotteszorn“. Luther war nicht nur ein Feind der Papisten, Juden, rebellischen Bauern, frönte einer Zauberer- und Hexenphobie, sondern forderte auch, „Ehebrecher zu steinigen“ und Prostituierte, auch „giftige Huren“ genannt, „rädern und steinigen zu lassen“.

Sein „mörderischer Hass schreckte vor keiner Verunglimpfung zurück“ schreibt Henkel und zitiert, wie er gegen den bedeutenden Vertreter des Humanismus dieser Zeit, Erasmus von Rotterdam, der für ihn „der größte Feind Christi“ war, wütete: wer den „zerdrückt, der würgt eine Wanze, und diese stinkt noch tot mehr als lebendig“.

Schockierend, was Henkel über den Luther'schen Antisemitismus, der damit jedoch nur „annähernd zu erfassen“ sei, festhält. Von den Juden sagte er, dass sie „die Brunnen vergiftet, heimlich gemordet, Kinder gestohlen“ haben, dass sie mit dem Urteil Christi „giftige, bittere, rachgierige hämische Schlangen, Meuchelmörder und Teufelskinder sind, die heimlich stechen und schaden tun“. Er predigte, dass „man ihre Synagogen oder Schulen mit Feuer anstecke und, was nicht verbrennen will, mit Erde überhäufe und beschütte, dass kein Mensch einen Stein oder Schlacke davon sehe ewiglich“, man auch ihre Häuser desgleichen „zerbreche und zerstöre“. Luther ging bis zur Forderung „ihrer Vertreibung, Enteignung, Berufsverbot, Zwangsarbeit, Zerstörung von Häusern, Gotteshäusern und Schulen, sowie (der) Todesstrafe für jüdische Geistliche“. Bei Tisch äußerte er: „Wenn ich einen Juden taufe, will ich ihn an die Elbbrücke führen, einen Stein um den Hals hängen und ihn hinabstoßen und sagen, ich taufe dich im Namen Abrahams.“

Henkel verweist auf den reaktionären Historiker Heinrich von Treitschke, der das Jahrhunderte später zur Aussage nutzte: „Die Juden sind unser Unglück“, was die Nazis übernahmen, um „ihre Gräultaten als überlebensnotwendige Notwehr des deutschen Volkes gegen das Judentum“ zu rechtfertigen.

Zu Luthers Haltung gegenüber den Bauern, hält Henkel fest: In „dem Verfasser der Schrift ‚Von der Freiheit eines Christenmenschen‘, sahen sie einen Unterstützer, der er aber von Anfang an nur sehr eingeschränkt und dann, als es zur offenen Gewaltausbrüchen gekommen war, bald gar nicht mehr sein wollte“. Hier informiert Henkel weit über die bekannte Schrift „Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern“ hinaus, wie Luther in unzähligen Fällen äußerte, dass „dies ein wildes ungezogenes Bauernvolk sei und die Obrigkeit rechte tue“, er den Zehnten für „rechtens“ hielt, und die Leibeigenschaft und Zinsen „nicht frevelhaft“ nannte oder behauptete, dass die Bauern „nicht das Recht (haben), der Herrschaft ein Gesetz zu diktieren“.

Henkels Grenzen werden sichtbar im Fehlen einer Einordnung in den auf der Tagesordnung der Geschichte stehenden Übergang von der feudalen zur bürgerlich-kapitalistischen Ordnung, indem die Reformation in eine frühbürgerliche Revolution mündete, die in den Bauernkriegen gipfelte.

So bleibt auch ein Eingehen auf Luthers Gegenspieler Thomas Müntzer unterbelichtet und nicht frei von Fehlurteilen. Der revolutionäre Führer der Bauern, den Friedrich Engels zu denen zählte, „die sich den besten Leuten der Revolutionen anderer Länder an die Seite stellen“ können, ist für ihn ein „mystischer Sozialrevolutionär, prophetischer Apokalyptiker“, „egomanisch-provinzieller Naiver“, der seine Haufen „in einen aussichtslosen Kampf“ trieb. Henkel gibt wieder, was Luther äußerte, als Müntzer „nach zweiwöchiger Folter enthauptet und bestialisch verstümmelt wird“: „Sein „Ende zu bedenken und daraus zu lernen, wie der Allmächtige solchen Ungehorsam und Aufruhr gegen die Obrigkeit straft“. Und während die Sieger „brutale Rache“ nehmen, feiert er, „ungerührt und zum Entsetzen vieler seiner Sympathisanten“ seine Hochzeit mit der ehemaligen Nonne Katharina von Bora.

Nicht erwähnt wird auch ein weiterer Widersacher Luthers, der Schweizer Reformator Huldrych Zwingli, der sowohl in seinen kirchlichen als auch seinen politisch-sozialen Reformen radikaler als Luther war, was offen in den Marburger Religionsgesprächen 1529 zum Ausdruck kam. Welten trennten Zwingli, der die Reformationstruppen in die Schlachten begleitete und sich auf die Seite der aufständischen Bauern stellte, von dem Wittenberger, der ihnen in den Rücken fiel.

Wenn Luther im Reformationsjubiläum enthusiastisch gefeiert wird, dann wohl auch, weil er, so Henkel, den Grundsatz hinterlässt: Die Obrigkeit hat (fast) immer recht“ und er den Rat gab: „Wer das Rechte tun will, (solle) mit der weltlichen Obrigkeit zufrieden sein und sich nicht an ihr vergreife“. So schlussfolgert Henkel am Ende: „In eine demokratische(re) oder auch nur ein wenig menschenfreundlichere Zukunft weist Luthers Handeln nicht, im Gegenteil.“

Für Henkel geht es schließlich nicht ohne einen Seitenhieb gegen die DDR, den „gottlosen Arbeiter- und Bauernstaat, der gläubige Christen mit Mühe und Not duldet“. Bei den nicht ganz unberechtigten Vorwürfen scheint dem Autor, der sich als Atheist zu erkennen gibt, doch entgangen zu sein, dass auch die derzeitige protestantische deutsche Kanzlerin Merkel in der DDR, in der Müntzer der Held der Reformation und der Bauernkriege war, sogar promovierte.

Peter Henkel: Schluss mit Luther. Von den Irrwegen eines Radikalen. Tectum Verlag, Baden-Baden 2017. 127 S. ISBN 978-3-8288-3958-8.

## **Red. offen-siv: Luther über Müntzer:**

Martin Luther, Originalzitat:

*„Ein aufrührerischer Mensch ist in Gottes und kaiserlicher Acht, so dass, wer ihn am schnellsten erwürgen kann und mag, recht wohl daran tut...*

*Drum soll hier zuschlagen, würgen, stechen, heimlich und öffentlich, wer nur kann und daran denken, daß es nichts Giftigeres, Schändlicheres und Teuflischeres geben kann als einen aufrührerischen Menschen, so wie man einen tollen Hund totschiessen muß...*

*Es gilt hier nicht Geduld und Barmherzigkeit. Es ist die Zeit des Schwertes und des Zornes da und nicht die Zeit der Gnade!“*

(Zitiert nach: Die Schmetterlinge, Proletenpassion)

## Zur Geschichte des Sozialismus

### **Gerhard Schiller: Leipzig im Herbst 1989**

Die erste Montagsdemonstration gab es in Leipzig. Am 4.9.1989 nahmen 1200 Menschen an einem Friedensgebet in der Leipziger Nikolaikirche teil. Bei der anschließenden Demonstration setzten sich „Ausreiser“ und „Hierleiber“ erstmals gemeinsam für „Bürgerrechte“ und „Demokratie“ und gegen Massenflucht ein. Es werden Plakate wie „Wir wollen raus“, gleichzeitig auch „Wir bleiben hier - Reformen wollen wir“ gezeigt.

In Vorbereitung darauf hatte der heutige Chef der Stasi-Unterlagenbehörde der Bundesregierung, Roland Jahn, von Westberlin aus Gruppen der Antragsteller auf Übersiedelung in die BRD mit denen der Opposition zusammengeführt. Gemeinsame Aktionen sollten mehr Gewicht und Erfolg bringen. Dieser Kreis war dann auch viel größer als der der einzelnen Gruppen, und vor allem wegen der aggressiven Einstellung der Ausreiseantragsteller gewaltbetonter.

Noch vorher waren ab 1988 die Oppositionsgruppen wie der Arbeitskreis „Solidarische Kirche“, die „Initiativgruppe Leben“ und die Arbeitsgruppe „Menschenrechte“ gebildet worden. Diese Arbeitsgruppen wurden nach Jahns

Empfehlung vor allem über die Gestaltung der so genannten „Friedensgebete“ in der Leipziger Nikolaikirche wirksam. Von den vorwiegend unter dem Dach der evangelischen Kirche agierenden illegalen Gruppen wurden Publikationen hergestellt und verbreitet, die antisozialistisch geprägt waren. Die Voraussetzungen für deren Herstellung waren größtenteils mit westlicher Hilfe und oft durch kirchliche Unterstützungen geschaffen, insbesondere die Bereitstellung von Vervielfältigungstechnik. Dazu gehörte auch die regelmäßige Einschleusung westlicher Publikationen sowie die Veröffentlichung von Schriften oppositioneller Kräfte anderer sozialistischer Länder.

Diese Konzeption wurde auf der Montagsdemonstration am 9.10.1989 planmäßig umgesetzt.

Was sich anschloss war nicht der Protest von 70.000 Leipzigern, sondern die organisierte Demonstration der aus fast allen DDR Bezirken zu Tausenden mit Bahn und PKW angereisten Menschen. Es folgten Provokationen gegen die Sicherheitsorgane der DDR, die zu eskalieren drohten. Mit Hilfe westlicher Medien und Teilnehmern aus der BRD mit Reichskriegsflaggen wurde in Sprechchören und Transparenten „Wir sind ein Volk“ gefordert. Plakate riefen auf: „Honecker und Stasi an den Galgen“. Damit war klar und nicht mehr verdeckt die Änderung der Machtverhältnisse als Ziel dieser Leute zu erkennen.

Die Volkspolizei war in der Innenstadt in Bereitschaft, da die Protestveranstaltung von westlichen Medien begleitet wurde. Denn die Atmosphäre war in höchstem Maß angeheizt. Dass es nicht zur Katastrophe kam, wird in der heutigen Geschichtsschreibung fälschlicher Weise allein den „friedlichen Demonstranten“ zugeschrieben. Das besonnene Verhalten der Schutz- und Sicherheitsorgane wird dagegen bewusst geleugnet.

Die Oktober-Demonstration in Leipzig zeigt eindeutig, dass eine gut durchdachte Organisation der Konterrevolution existierte, die in der Folgezeit auch zu Veränderungen der Macht- und Eigentumsverhältnisse und zur Einverleibung der DDR in die BRD führte. Die Zersetzung und Demontage der SED, das Verbot und die Auflösung des Ministerium für Staatssicherheit, der Kampfgruppen der Arbeiterklasse und der GST bereiteten den Boden für den Sieg der Konterrevolution.

So werden Demonstrationen zusammen geschoben und hinterher in offizieller Politsicht als „Bürgerprotest“ dargeboten und eingetrichtert.

Ja, dieser so erzwungene Rückkehr in den Schoß des Kapitals wird der Titel einer Revolution gegeben, die friedlich sei. Diese Trompeter wollen selbstredend als ehrenhafte Demokraten in die Geschichte eingehen, wobei nicht der Wahrheit die Ehre erwiesen wird, sondern dem eigenen Emporkommen. Wahr dagegen ist, dass

auch in Leipzig Demonstranten von Demonstanten angegriffen, gejagt bis verprügelt wurden, weil die „Sturmabteilungen junger Christen“ glaubten, solche seien Rote - oder es nur vermeinten. Ihre Parole dabei war. „Rot-Front verrecke!“

Entgegen der Faktenlage behauptet Frau Merkel tonangebend für die politische Linie im Lande, dass die Ostdeutschen von Leipzig aus ihre friedliche Revolution begonnen haben. Richtig ist, dass die Ostdeutschen den Prozess für eine Umgestaltung des Sozialismus begonnen haben, den die BRD ausgenutzt und welchen sie sich eingemischt hat. Es besteht Konsens: Die Demonstranten und oppositionellen Gruppen hatten eine Qualifizierung der DDR und ihren Erhalt zum Ziel.

Der Gründungsaufwurf von „Demokratie jetzt“ sagt klar: „Der Sozialismus muß nun seine eigentliche Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll. Er darf nicht verloren gehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muß“.

Wenn man will, war das eine halbe Revolution in der DDR, der jedoch eine ganze Konterrevolution folgte. Dazu kann Bundespräsident v. Weizsäcker zitiert werden: „Die friedliche Revolution bleibt unvollendet, weil sie praktisch sofort in die Perspektive eines vereinten deutschen Gemeinwesens übergang“.

Waren die Demonstranten vielleicht doch Revolutionäre? Das wäre wohl sicherlich etwas zu hoch gegriffen, denn sie konnten ja das, was sie eigentlich vorhatten, nicht umsetzen.

Im Zusammenhang mit den Leipziger Montagsdemos muß auf die Rolle der Kirche in der DDR verwiesen werden. Getreu dem Grundsatz, dass die Kirchen immer auf der Seite der Mächtigen stehen, weil sie von ihnen abhängig sind und umgekehrt die Politik nur mithilfe der Kirchen ausgeübt werden kann, war die Kirche seit Gründung der DDR dem neuen Staat gegenüber reserviert. Die Kirchenführung in der DDR war immer von der Kirchenführung der BRD dominiert gewesen und hat das gewollt bis akzeptiert.

Mit der Zeit und Entwicklung der DDR hat sich das Verhältnis etwas verbessert, aber nie stabilisiert. Nach einem Treffen des Vorstandes der evangelischen Kirchenleitung der DDR mit Honecker am 6.12.1978 hat ein Kirchenvertreter den Begriff von der Kirche im Sozialismus geprägt. Dagegen protestierten die eigenen und die BRD-Kirchenführer, weil das Anpassung an die SED Politik wäre. Auf Veranlassung der Kirche entstanden Friedensgruppen, Friedensseminare und andere Zusammenschlüsse. Es gab gezielte Aktivitäten gegen das Fach „Wehrkunde“ in den Oberschulen und das Verteidigungsgesetz von 1978. Es war die Ablehnung allen

Militärischen, die Forderung nach Änderung von Inhalt und Methoden der Erziehung an den Schulen.

Statt Frieden war das jedoch ein gewollter und gesuchter Konflikt zwischen Staat und Opposition: Frieden als Chiffre im Machtkampf! Die Kirche leitete Kontaktstellen für Ausreiseantragsteller und forderte die Menschen auf, solche Anträge zu stellen. Die Antragsteller wurden politisiert, die Opposition vernetzte sich.

1988 fanden Kirchentage in Erfurt, Görlitz, Halle und Rostock statt, die Disproportionen in der volkswirtschaftlichen Entwicklung sowie der handelsmäßigen Versorgung anprangerten. Es wurden "20 Thesen zur Erneuerung und Umgestaltung der DDR" vorgetragen. Kernpunkt war die Forderung, „Schwerter zu Pflugscharen“ umzuschmieden, und gemeint waren damit nicht die Waffen der Imperialisten, sondern die der DDR.

Dieser Satz „Schwerter zu Pflugscharen“ wurde aus dem Zusammenhang gerissen: der Prophet Micha hat vor 2000 Jahren in einer Predigt über Frieden auf Erden ausgeführt, dass, wenn der Frieden erreicht sei, „die Schwerter zu Pflugscharen umgeschmiedet werden und die Spieße zu Rebmessern. Kein Volk wird wider das andere das Schwert erheben und die Menschen müssten nicht mehr Krieg erlernen.“

Dieser wichtige Nachsatz wurde weggelassen. Und natürlich auch, dass vor 2000 Jahren bereits die heute so aktuelle Frage des Friedens auf der Welt zur Diskussion stand. Was hat die Kirche dazu erreicht?

Aber es handelte sich ja auch nur um einen wirklichkeitsfremden Propagandatrick gegen die DDR.

Viele DDR Bürger trugen an der Kleidung aus der BDR gelieferte Anstecknadeln, die die Symbolik dieser Schwerter zeigten. Die Attacken der evangelischen Kirche blieben nicht ohne Erfolg. Besonders junge Menschen, die im Sozialismus aufgewachsen waren, gingen auf diesen Leim.

Die Kirche hat zur Destabilisierung der DDR beigetragen, wobei sie Leipzig als Schwerpunkt auserkoren hatte. Ihre Rolle wird in den eingangs aufgeführten Aktivitäten ersichtlich, aber eben nur die Auswirkungen. Um die zu erreichen, muß es Kräfte gegeben haben, die das schon durch ihr Tun bewirkten. Nach der so genannten „Wende“ sind viele dieser Leute in Erscheinung getreten. Stellvertretend sei der Dresdner Pfarrer Christoph Ziemer genannt, der im Juli 2002 die Ehrendoktorwürde der Stadt Dresden verliehen bekam und im Juli 2003 zum Ehrenbürger der Stadt ernannt wurde. In der Begründung hieß u.a.: „Das ist gut so. Er war eine Schlüsselfigur bei den friedlichen Veränderungen in unserem Lande. Lange vor dem Herbst 1989 hat er den Boden dafür bereitet.“

Das MfS hat in seinen realen Lageberichten auch diese Erscheinungen erfasst und der politischen Führung vorgelegt. Erich Honecker wollte jedoch damit nichts zu tun haben. Wahrscheinlich war ihm sein Ansehen als Staatsratsvorsitzender und Generalsekretär der SED wichtiger als die proletarische Wachsamkeit. Wie man das auch sieht: Am Wort Revisionismus ist kein Vorbeikommen!

So hat die DDR gegen diese Angriffe der Kirche so gut wie nichts unternommen, so dass diese Entwicklung ungebremst ihren Lauf nahm. Auf Initiative der kirchlichen Basisgruppen haben deren Beobachter die Wahlen in der DDR im Mai 1989 begleitet und davon ausgehend das Wort Wahlbetrug in den Umlauf gebracht. Dieser nicht widerlegte Vorwurf hat die DDR noch mehr in die Defensive gebracht. Die Regierung tat nichts und verlor Kraft und Macht und machte die Opposition zur Gegenmacht.

Allumfassend kann nicht daran vorbeigegangen werden, dass sich auch in der Parteiführung der DDR wie in den anderen sozialistischen Staaten eine Art Überheblichkeit breit gemacht hat, die wesentlich zum Verlust der proletarischen Linie bis zum proletarischen Internationalismus beigetragen hat. Ein ganzes Weltsystem des Sozialismus ist dadurch zum Erliegen gekommen, mit der Tragik, dass der Pionier der Bewegung, die KPdSU, völlig mit Blindheit geschlagen war.

Zum Verständnis des Wortes Opposition: Lt. Kleinen Politischen Wörterbuch (Dietz 1967) gibt es in sozialistischen Staaten für eine gegen die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse gerichtete Opposition objektiv keine politische und soziale Grundlage. Jede Opposition würde sich gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung und gegen die Werktätigen richten.

Diese Definition, die auch ich vertrete, soll auf die realen DDR-Verhältnisse des Jahres 1989 bezogen werden. Die dort genannten Oppositionsgruppen wurden von Gegnern des Sozialismus gebildet, wo Roland Jahn symbolisch zu nennen ist. Aber auch die Kirche! Ihre Gegnerschaft war aber getarnt, kam nicht als eine klassenbedingte daher, sondern gab sich immer menschlich und bürgerbezogen, weshalb später auch der Ausdruck Bürgerbewegung um sich gegriffen hat.

Dafür stehen insbesondere Neues Forum 10.9.1989, Demokratie jetzt 12.9.1989, Vereinigte Linke 2.10.1989, Demokratischer Aufbruch 2.10.1989, Unabhängiger Frauenverband 2.10.1089 wie nichtgebundene Montagsdemonstranten.

Zur Wiederholung: Die Beseitigung der DDR war am Anfang nicht ihr Ziel. Erst als die BRD sich einmischte und über sie kam, kippte deren Bewegung ins Klassenmäßige - ohne, dass es alle merkten. Objektiv ergriffen sie Partei für den Klassengegner.

Auch die DDR-Blockparteien hatten plötzlich westliche Partner und waren durch Vereinigungsparteitage in diese aufgegangen.

Es ist somit nur noch das Wort Opposition auf den Kapitalismus gerichtet zu analysieren. Auch hier ist wieder vom Kleinen Politischen Wörterbuch auszugehen, wo die Opposition als Gegnerschaft oder Widerstand gegen das herrschende System verstanden wird. In bürgerlichen Staaten ist die Opposition eine notwendige Erscheinung wegen der Nichtübereinstimmung der Interessen der unterschiedlichen Kapitalgruppen und zwischen der herrschenden Ordnung und den Forderungen demokratischer Kräfte. Eine solche Opposition gefährdet aber niemals den Bestand des Kapitalismus.

Anders und ein bisschen wie in der DDR 1989 ist es mit einer noch anderen Art der Opposition: Wenn irgendwo in ausländischen Staaten, deren Führung und Politik der BRD nicht genehm sind, wie derzeit z.B. Venezuela oder vorher Ukraine, Kräfte gegen das Regime aufbegehren, wird das als Drang nach Freiheit und Demokratie, natürlich bürgerlicher Art, ausgegeben und nach Kräften unterstützt. Venezuela zeigt, dass es bei der dortigen Oppositionen um Klassenkampf geht. Die dortige Opposition ist die der Oberen, der Unternehmer, Juristen und so weiter um zu verhindern, dass die Unteren, die Arbeiter, Bauern, Studenten und Rentner hoch oder gar nach oben kommen. In Chile wurden sie weggeputscht.

Im eigenen Land der BRD selbst gibt es .gar keine wirkliche Opposition. Die im Bundestag vertretenen Parteien werden eingeteilt in Regierungsparteien und solche der Regierungsoption. Im Bundestag kann diese so genannte Opposition gegen die Regierungsparteien wettern, wie sie will, kommt es darauf an, siegt immer die Regierung. Da kann debattiert werden, wie man will.

Die eben im Zusammenhang mit den Leipziger Demonstrationen heraus gestellten Aktivitäten der Kirche in der DDR zur Destabilisierung ihres politischen Systems sollen als Beispiel verstanden werden.

Die Politik der BRD lief von Anfang an, um es klar zu sagen, auf eine Liquidierung der DDR hinaus. Dazu diente schon das erste Grundgesetz mit seinem Gebot der Wiedervereinigung. Die BRD leistete sich sogar neben hinlänglich bekannten Spionage- und Sabotageunternehmen einschl. des Ostbüros der SPD und anderer Parteien ein eigenes Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Dieses gebar am 24.3.1952 den „Forschungsbeirat für die Wiedervereinigung Deutschlands“. Man hat also schon frühzeitig Pläne für den Anschluss der DDR an die BRD geschmiedet. Aufgabe dieses Rates war die Programmierung von Überleitungsmaßnahmen. So wurde der „Graue Plan“ für die Eingliederung der DDR in die BRD und die Einführung der Marktwirtschaft auf privatkapitalistischere Grundlage geschaffen, der

die ausdrückliche Billigung der Bundesregierung in ihrem Bulletin vom 7.7.1961 gefunden hat. Der Zeitpunkt, ab dem der Plan wirksam werden sollte, konnte noch nicht konkret bestimmt werden und ist als „Tag X“ in die Geschichte eingegangen. Diese Geschichte widerlegt aber auch die Behauptung der BRD-Politiker 1989 ff., dass man auf den „Beitritt“ der neuen Länder nicht vorbereitet war.

Die Bundesregierung hatte in der Zwischenzeit lediglich nur die über den Beirat herbeigeführte Vernetzung mit verschiedenen Institutionen zurück gefahren, der Beirat existierte aber weiter. Die Planungen wurden also wieder aufgenommen und nur orts- und zeitmäßig angepasst. Bereits damals war die Bildung einer Treuhandanstalt vorgesehen, welche die Volkswirtschaft der DDR zerschlagen, abwickeln und als Konkurrenten ausschalten sollte.

Dass die Modrow Regierung bereits die Bildung einer eigenen Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung und nicht zum Ausverkauf des Volkseigentums gebildet hatte, und zwar durch dessen Überführung in Aktiengesellschaften und die Ausgabe von Anteilen an die eigentlichen Eigentümer, das Volk der DDR, die Ostdeutschen, wird gerne zu erwähnen unterschlagen. Verbrieft wurde letzteres sogar im Einigungsvertrag, aber nur den Worten nach. Bei den Verhandlungen dazu soll Schäuble auf Forderung der Ostvertreter mehrmals gesagt haben: Bei allem Verständnis. Aber hier findet keine Vereinigung von zwei gleichberechtigten Staaten statt!

Die Leipziger Demos, die Kirche, die Opposition, der Einigungsvertrag – alles Angriffe gegen das Innere der DDR.

Es soll aber auch ein Kapitel erwähnt werden, wo die BRD nach außen hin, in Handelsbeziehungen, der DDR Schaden zugefügt hat. Gemeint sind die an viele Außenhandelspartner der DDR gerichteten Desinformationen und gefälschten Mitteilungen, um vermeintliche Schwächen und Störungen zu signalisieren.

So erhielt der schwedische Außenhandelsminister am 28.1.1955 einen gefälschten, vom Minister für Außenhandel und internationalen Handel der DDR mit gefälschter Unterschrift unterzeichneten Brief mit der Bitte um Kenntnisnahme, dass das mit Schweden am 11.12.1954 abgeschlossene Handelsabkommen nicht eingehalten werden kann: „Durch die Pariser Verträge sind wir gezwungen, zwecks Verteidigung unserer sozialistischen Errungenschaften unsere Industrie auf Rüstung umzustellen. Unsere lt. Abkommen festgelegten Lieferungen an Textilien, Kraftfahrzeugen, Erzeugnissen der Feinmechanik und Optik, Maschinen aller Art werden daher in der nächsten Zeit vordringlich innerhalb unseres Landes und der Volksdemokratien gebraucht ... An der Lieferung für landwirtschaftlichen Produkten wie Käse, Butter, und Fischen sind wir nicht mehr interessiert. Für die Rüstung benötigen wir Eisen,

Stahl und Eisenerz dringender“. Ähnliche Schreiben erhielten das türkische Wirtschaftsministerium, das der Koreanischen Volksrepublik, Bulgarien, Rumänien und Indien – alle aus Westdeutschland, alles Fälschungen. Die Handelspartner der DDR sollten verunsichert werden, damit die DDR an Kredit im internationalen Handel verlor und sich die Partner überlegten, die Bindung mit ihr ab- und mit anderen aufzubauen. Und das war nicht nur für die 1950er Jahren typisch, sondern geschah bis Anfang der 1970er Jahre. Nur die zunehmende diplomatische Anerkennung der DDR beendete die Unzahl von Lügen, Verfälschungen und Verleumdungen nach außen oder im Außenhandel. Der Abstecher zum Außenhandel ist erfolgt, weil diese Desinformationen dem so genannten Gesamtdeutschen Ministerium zugeschrieben wurden.

Zurück zu Leipzig: Bezogen auf das Jahr 1989 wird Leipzig die Heldenstadt genannt! Weil von da aus die Ostdeutschen ihre „friedliche Revolution“ begonnen haben. Die BRD war dabei. Sie hat eigene Interessen verfolgt und die DDR zurück zum Kapitalismus geputscht, also mittels Staatsstreich. Die Helden, für die das Wort „Bürgerbewegung“ steht, sind vereinsamt bis untergegangen, weil sie sich nicht mehr wie zu DDR Zeiten frei von Existenzzwängen bewegen können. In der heute bis ins Kleinste gespaltenen Gesellschaft, wo jeder sich selbst der Nächste ist, gibt es keinen Bürgerzusammenhalt. Heute könnten die „Bürgerrechtler“ viele Gründe finden, sich für Gerechtigkeit einzusetzen.

Ironie zur Heldenstadt: Heute werden mit 80.000 Arbeitslosen 10.000 Arbeitslose mehr gezählt als kurz nach der Konterrevolution. Und in der offiziellen Kriminalitätsstatistik nimmt die Stadt den dritten Platz in der BRD ein. Der erste ist natürlich der Hauptstadt Berlin vorbehalten.

Das Internet: „Die Demonstration in Leipzig am 9.10.1989 hat ganz Deutschland verändert.“ Sie hat „zur Einheit geführt.“ Aber wo führt diese beim vereinten und wieder erstarkten deutschen Imperialismus hin? Das deutsche Europa gibt es ja schon. Wir erleben die Leninsche Klarsicht von der ungleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Länder in der Praxis; sozusagen als Lehrvorführung. Die besagt, die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus Bosheit unter sich auf, sondern weil eine erreichte Konzentrationsstufe sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profit zu erzielen. Konkret: Europa wird umgebaut; Es entsteht ein mächtiges Zentraleuropa und eine europäische Peripherie, die in einigen Jahren den Zuständen in den ausgebeuteten und deshalb unterentwickelten Ländern der Welt ähneln wird.

Fernstudium
-------------

## ***Frank Flegel: Bericht vom siebenten und letzten Seminar des von KPD und offen-siv organisierten marxistisch-leninistischen Fernstudiums 2016/2017***

Am Wochenende des 26./27. August trafen wir uns zum letzten Seminar.

Neben der Beschäftigung mit zwei nicht gerade unwichtigen Themen, nämlich einer historischen Übersicht und Analyse der Verbrechen des Revisionismus - von der Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie 1914 bis zur Konterrevolution 1989/90 und den heutigen Verhältnissen - und der Thematik „Anti-imperialistische Kämpfe“ - von den Kolonialaufständen bis zur heutigen Situation - ging es wesentlich um die Frage: Was tun?

Wir wollten nicht auseinanderlaufen.

Die Beratung darüber, wie das Auseinanderlaufen verhindert und eine konstruktive Weiterarbeit zu strukturieren wäre, nahm den Sonnabend Abend und den Sonntag Vormittag ein. Die Ergebnisse können sich sehen lassen.

Beschlossen haben wir sechs wesentliche Komplexe:

- 1). Neues Fernstudium ab März 2018. Wir haben einen weiteren Durchgang des Fernstudiums beschlossen, welches wie immer allen Interessierten offensteht.
- 2). Vertiefung der Kenntnisse: Sechzehn Teilnehmer/innen des nun abgeschlossenen Fernstudiums werden ein zweites Mal daran teilnehmen.
- 3). Fernziel Regionalisierung des Fernstudiums: Vierzehn von diesen sechzehn Genossinnen und Genossen wollen diesen für sie zweiten Durchgang dazu nutzen, sich zum Referenten beim Fernstudium zu qualifizieren - zunächst zu einzelnen Themen -, vier von ihnen sogar als „Teamer“, also Gesamtverantwortliche für die Durchführung eines gesamten Lehrgangs, was beides eine wichtige Voraussetzung zur Umsetzung des Ziels einer Regionalisierung ist.
- 4). Publikationsprojekt Nr. 1: Fünf Genossinnen und Genossen haben sich bereit erklärt, an der Verschriftlichung des gesamten Fernstudiums zu arbeiten, an einem umfassenden Compendium. Dies soll sowohl künftigen Fernstudenten/innen als auch den künftigen Referenten als Handreichung dienen.
- 5.) Publikationsprojekt Nr. 2: Sechs Genossinnen und Genossen haben sich bereit erklärt, ein „Kleines Wörterbuch des Marxismus-Leninismus“ zu verfassen, dies als

Einführung, also nicht in akademischer Breite von drei Bänden, sondern kurz, präzise und mit der nötigen ideologischen Klarheit zusammengefasst auf nicht mehr als 50 bis 60 Seiten – als Material an Ständen, für Aktivistengruppen usw. Die Arbeiten am Kompendium und am Wörterbuch sind auf rund ein Jahr angelegt.

5.) Publikationsprojekt Nr. 3: Vier Genossinnen und Genossen haben sich bereit erklärt, eine aktuelle Analyse des deutschen Imperialismus auf Grundlage der Leninschen Imperialismustheorie und empirischer Daten durchzuführen. Diese Arbeit ist auf zwei bis drei Jahre angelegt.

Die Arbeitsgruppen zu den drei Publikationsprojekten haben sich bereits beim Seminar konstituiert.

Jürgen Geppert, mein Mitreferent, sagte danach: „Damit haben wir eine neue Qualität erreicht.“

Ja, das haben wir. Wir haben ein sehr gutes Niveau entwickelt, wir haben einen festen und solidarischen Zusammenhang geschaffen, wir haben notwendige Projekte beschlossen, die sehr anspruchsvoll klingen, aber nach den bisherigen Erfahrungen mit dieser Gruppe durchaus zu schaffen sind und wir werden, da bin ich sehr optimistisch, vielleicht in zwei Jahren, vielleicht etwas später, eine Regionalisierung des Fernstudiums realisieren können.

Ich habe ja schon mehrfach geschrieben, dass ich nach dem Seminar sehr zufrieden nach Hause gefahren bin. Diesmal war es einmalig. An so etwas an wesentlicher Stelle mitwirken zu dürfen ist für mich eine unglaublich positive Erfahrung.

P.S.: Das nächste Fernstudium wird am 10./11. März 2018 in Hannover beginnen. Nachfragen nach näheren Infos und/oder Anmeldungen bitte an die Redaktionsadresse.

DKP
-----

## ***Frank Flegel: Über den Zentrismus. Replik zu Gerhard Feldbauers kritischem Beitrag: Zum Bericht über die Einheitskonferenz (offen-siv 3/2017)***

Lieber Gerhard, ich muss Dir leider widersprechen.

Aber zunächst möchte ich das erwähnen, was nach meiner Auffassung an Deiner Kritik richtig und wichtig ist: Die Wortwahl. Man sollte, wie Du nachvollziehbar begründest, zu einer offensichtlichen Zusammenarbeit von RotFuchs, KPF und DKP nicht „Kartell“ sagen. Das ist ein Begriff aus der Verfasstheit des Kapitals und trifft deshalb die Sache nicht. Und genauso hast Du Recht, wenn Du die flapsige Formulierung „Stehr und Co“ kritisierst. Konkreteres ist immer besser als solche Verballhornungen.

Nun komme ich zu unseren unterschiedlichen Einschätzungen über die Situation in der DKP. Du schreibst: *„Ich meine, dass wir in der DKP derzeit eine mehrheitlich marxistisch-leninistische Führung mit Patrick Köbele an der Spitze haben, die darum ringt, diese Positionen in der Partei durchzusetzen.“* Und Du ergänzt: *„Stehr bezieht, wie ich es sehe, zentristische Positionen ..., aber man sollte nicht vergessen, dass er entscheidend mit dazu beigetragen hat, nach 1989/90 die Liquidierung der DKP durch die Revisionisten zu verhindern.“*

In dieser Frage, der Frage des Zentrismus, unterschieden sich unsere Einschätzungen. Meine Erfahrung sagt mir, dass Heinz Stehr zum revisionistischen, inzwischen offen antileninistischen Flügel der DKP gehört und dass die aktuelle Parteiführung sich zentristisch verhält.

Das möchte ich gern näher begründen. Und nimm mir den kleinen Seitenhieb nicht übel: ich benutze zur Einschätzung der DKP jetzt weniger Marx- und Lenin-Zitate, stattdessen mehr die aktuellen Fakten und Verlautbarungen.

Die revisionistische Fraktion in der DKP, zu der u.a. Walter Listl, Leo Mayer, Heinz Steht, Bettina Jürgensen und andere gehören, lehnt den Marxismus-Leninismus ab, so zu lesen im Artikel von Jana Frielinghaus „Kommunisten in Not“ in „junge Welt“ vom 25. August 2017: *„Eine vermutlich recht große Minderheit um Leo Mayer, ehemaliges Bundesvorstandsmitglied aus Bayern, und den früheren langjährigen Parteichef Heinz Stehr will sich offenbar mit den neuen Mehrheitsverhältnissen – und mit der Betonung der Notwendigkeit einer Partei links von der sozialdemokratisch dominierten Linkspartei – nicht abfinden. Auch die Charakterisierung der DKP als*

„marxistisch-leninistisch“ lehnen sie ab. Denn, so Walter Listl, einer der Protagonisten der innerparteilichen Opposition in einem Referat im März, der Begriff sei ein „Synonym“ für Verbrechen und Fehlentwicklungen im Realsozialismus.“<sup>11</sup>

Ähnliches wird zitiert im Artikel von Jörg Högemann „Die Wahlteilnahme stärkt die Partei“, in: „Theorie und Praxis“, Nr. 43, Ausgabe August 2017: „Die in der revolutionären Arbeiterbewegung eingebürgerte Bezeichnung Marxismus-Leninismus für die Lehren von Marx, Engels und Lenin lehnt der BV (gemeint ist der bayerische Landesverband, d.Red.) ab. Als Vorwand führen Südbayerns Separatisten an, dieser Name für die ‚wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse‘ sei auch in der Stalin-Zeit gebraucht worden, ...“<sup>12</sup>

Und die „Netzwerker“ formulieren selbst im „Offenen Brief des Netzwerkes kommunistische Politik an die Mitglieder der DKP“ als Kritik am 21. Parteitag der DKP: Der 21. Parteitag „(war) weit von den politischen Herausforderungen unserer Zeit entfernt“. Die Definition der DKP als marxistisch-leninistischer Partei, einem „Symbol für ein zentralistisches Parteikonzept ohne lebendigen wissenschaftlichen Diskurs“ sei „festgezurr“ worden.“<sup>13</sup>

Lieber Gerhard, das sind die typischen revisionistischen Angriffe auf die Grundlagen der kommunistischen Weltanschauung – Zentrismus ist etwas anderes. Dazu möchte ich jetzt kommen.

Der Zentrismus entsteht dann, wenn in eine vormals revolutionären Partei sich der Opportunismus eingeschlichen hat und als seine theoretische Rechtfertigung die Revision der Theorie von Marx, Engels und Lenin, von Stalin gar nicht erst zu reden, betreibt. Statt diese Richtung offensiv zu bekämpfen und auch vor organisatorischen Maßnahmen nicht zurückzuschrecken, also sowohl die ideologische Auseinandersetzung als auch den Parteiausschluss kommunistusfeindlicher Kräfte zu betreiben, versucht der in dieser Situation entstehende Zentrismus, die beiden Flügel der Partei beisammen zu halten, den Konflikt zu harmonisieren, ihn nicht als das zu bezeichnen, was er ist, nämlich eine auf Leben und Tod der kommunistischen Partei angelegte Auseinandersetzung zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus,

---

<sup>11</sup> Jana Frielinghaus „Kommunisten in Not“ in der Tageszeitung „junge Welt“ vom 25. August 2017, S. 3

<sup>12</sup> Jörg Högemann „Die Wahlteilnahme stärkt die Partei“, in: „Theorie und Praxis“, (T&P), Nr. 43, Ausgabe August 2017, S. 9

<sup>13</sup> Ebenda

sondern das Ganze als Meinungsunterschiede, Parteidiskussion usw. zu bagatellisieren.

Damit entsteht das Problem, dass der Zentrismus dem Revisionismus eine Daseinsberechtigung in der kommunistischen Partei zuspricht, ihn also nicht konsequent bekämpft. Das hat weitreichende Folgen, denn nun muss der Zentrismus sich gegen „links“ wenden, gegen diejenigen, die den Revisionismus als das charakterisieren, was er ist: der Totengräber des Sozialismus, der Feind des Marxismus-Leninismus und damit ein Feind der Befreiung der Arbeiterklasse. Diejenigen, die auf diesem richtigen Standpunkt beharren, sind für den Zentrismus mindestens lästig, wenn nicht gar bedrohlich, decken sie doch den gefährlichen Spagat des Zentrismus zwischen Marxismus-Leninismus und kleinbürgerlichem Revisionismus auf. Die zwangsläufige Folge ist, dass der Zentrismus ziemlich rabiat gegen seine „linken“ Kritiker vorgeht, während er den Revisionismus verharmlost.

Und genau das macht der jetzige Parteivorstand der DKP mit Patrick Köbele an der Spitze. Dazu ein paar Beispiele:

1). Eine Partei muss laut Parteiengesetz der BRD alle sechs Jahre bei einer Landtags- oder Bundestagswahl kandidieren, um den Parteienstatus zu bewahren. Die Hürde dabei sind die notwendigen Unterstützerunterschriften, die im Vorfeld beim Wahlleiter einzureichen sind. Für die KPD war es aus dem oben genannten Grunde an der Zeit für eine Kandidatur. Da ihre Strukturen in Thüringen am weitesten entwickelt sind, wollte die KPD dort zur Bundestagswahl kandidieren und bat die DKP, dort auf eine Kandidatur zu verzichten. Im Gegenzug wollte man die DKP in den anderen Bundesländern bei ihrer Kandidatur unterstützen. Die jetzige Parteiführung der DKP wies das von sich, beharrte auf der Kandidatur auch in Thüringen mit dem Erfolg, dass weder die KPD noch die DKP die notwendige Anzahl an Unterstützerunterschriften zusammenbrachte.

2). Die KPD veranstaltet gemeinsam mit der offen-siv, der GRH, dem RFB, dem Deutschen Freidenker-Verband und dem Kommunistischen Aktionsbündnis Dresden am 4. November 2017 in Heidenau bei Dresden eine Veranstaltung zu Ehren des 100. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und hatte zu einem Vorbereitungsstreffen auch die DKP als Mitveranstalter eingeladen. Das wies die jetzige Parteiführung der DKP barsch zurück, indem sie von einer Konkurrenzveranstaltung zu der ihrigen am 21. Oktober sprach. Da fragt man sich, wie eine Veranstaltung, die erstens zu einem anderen Termin stattfindet und zu der

man zweitens die DKP einlädt (nicht nur als Gast, sondern als Mitveranstalter!) eine Konkurrenzveranstaltung sein soll.<sup>14</sup>

3). Es gibt Bezirks- und Kreisverbände der DKP, die – ganz im Sinne der Netzwerkfraktion – zur Wahl der Partei „Die Linke“ aufrufen, obwohl ihre eigene Partei, die DKP, kandidiert. Da murrte der Parteivorstand, hält das für nicht hinnehmbar. Aber selbstverständlich gibt es kein Schiedsverfahren wegen parteischädigenden Verhaltens, selbstverständlich keine Parteiausschlüsse.

4). Für unser marxistisch-leninistisches Fernstudium haben wir eine bezahlte Anzeige der UZ geschaltet. Die Anzeigenabteilung wusste offensichtlich nicht, was sie tat, als sie sie annahm. Jedenfalls hat sich nach Erscheinen der Anzeige der jetzige Parteivorstand mit dem Erscheinen dieser Anzeige beschäftigt und die Sache als einen „Fehler“ bezeichnet. Seitdem können wir so oft, wie wir wollen, um eine bezahlte Anzeige anfragen, wir bekommen keine Antwort.

5.) Im gleichen Zusammenhang (Fernstudium) ließ die jetzige Parteiführung in ihrem Theorieorgan, den „Marxistischen Blättern“, Heinz Karl (KPF) schreiben: *„Wer sich etwa mit offen-siv (der Zeitschrift aus Hannover) bildet, für den ist die Sache natürlich sonnenklar: Nichts wie raus aus dem blassen rosaroten Saftladen! (Gemeint ist die Partei Die Linke, d.Red.) Aber sie haben ihre politisch-geistigen Ahnen bei den Otsowisten und Ultimativisten, mit denen Lenin sich herumschlagen musste, als er die oben zitierten bolschewistischen Positionen formulierte. Die gleiche bolschewistische Tagung, die sie beschloss, hat diese ultralinken Gruppierungen aus der bolschewistischen Fraktion ausgeschlossen.“*<sup>15</sup> Das heißt ja nichts mehr und nichts weniger als dass die offen-siv und diejenigen die *„sich etwa mit offen-siv ... bilden“* nach Meinung des Autors und der Marxistischen Blätter aus der kommunistischen Bewegung ausgeschlossen gehören.

6.) In der gleichen Ausgabe der Marxistischen Blätter (4-2017) zog Nina Hager gegen andere linke Kritiker des Kurses der jetzigen Parteiführung der DKP zu Felde: gegen Thanasis Spanidis und gegen Aitak Barani. Thanasis Spanidis wirft sie vor, einen

---

<sup>14</sup> Ins gleiche Horn blies übrigens auch die KAZ, die ihre Absage, als Mitveranstalter dieser gemeinsamen Veranstaltung zu fungieren, damit begründete, dass die Veranstaltung nicht der Einheit diene, sondern die Spaltung vertiefe. Da kann man sich natürlich fragen, wer hier spaltet und warum.

<sup>15</sup> Heinz Karl: Lenins Partei neuen Typus im Widerstreit der An- und Draufsicht; in: Marxistische Blätter, Ausgabe 4-2017, S. 96

„Popanz“<sup>16</sup> aufgebaut zu haben, „der die ganze Bündnispolitik der DKP in Frage stellt, und die ursprüngliche Konzeption der antimonopolistischen Demokratie der DKP aus den 70er Jahren wie die Überlegungen im Programm von 2006 zum Weg zum Sozialismus nur bruchstückhaft, einseitig darstellt. Geschichtliche Erfahrungen, die er angeblich für wichtig hält, werden - er nennt die Beispiele Chile und Venezuela – so ausgelegt, dass er auch mit Niederlagen die Ablehnung der programmatischen Orientierungen der DKP begründen kann.“ Und zu Aitak Barani sagt sie, nachdem sie sie wie folgt zitiert hat: „Die Orientierung der Partei auf - nicht realisierbare, weil unseren Erkenntnissen über die Diktatur des Finanzkapitals widersprechende – demokratische Übergänge und damit auch die Orientierung der Arbeiterklasse auf demokratische Übergangsforderungen ist eine uns selbst und die Arbeiterklasse irreführende Orientierung.“<sup>17</sup>, dass das „...- und das ist verblüffend – von Unkenntnis der realen Lebensverhältnisse und der sozialen und politischen Tagesinteressen sowie Forderungen der Mehrheit der Menschen hierzulande“ zeuge. Aitak Barani vertrete eine „gegen die Einheitsgewerkschaft gerichtete Position, für die in der bisherigen Geschichte der DKP aus gutem Grunde kein Platz war“.<sup>18</sup>

Das ist Zentrismus, wie wir ihn kennen, nicht etwa von Nina Hager, die rechnet man besser zum rechten Flügel, sondern von der Parteiführung, die ja letztlich für die Veröffentlichungspolitik ihres Theorieorgans genauso verantwortlich ist wie dafür, dass Lothar Geisler dort Chefredakteur ist.

Lieber Gerhard, ich wiederhole nochmal Deine Einschätzung, „dass wir in der DKP derzeit eine mehrheitlich marxistisch-leninistische Führung mit Patrick Köbele an der Spitze haben, die darum ringt, diese Positionen in der Partei durchzusetzen.“ Von diesem Ringen um den Marxismus-Leninismus kann ich nicht viel erkennen, stattdessen sehe ich leider eine sich verstärkenden Kampf gegen linke Kritiker des Schmusekurses der Parteiführung gegenüber der Netzwerkfraktion.

Ich möchte schließen mit einigen Zitaten aus der Austrittserklärung von fünf Frankfurter Genossen um Aitak Barani und zwei Leserbriefen, einem aus der „jungen Welt“ und einem aus der „ZU“. Diese drei Dokumente zeigen deutlich einerseits die

---

<sup>16</sup> Thanasis Spanidis: Warum die Strategie der „antimonopolistischen Übergänge“ immer noch falsch ist. Auf: news.dkp.de

<sup>17</sup> Aitak Barani: Die Debatte zuspitzen: Unsere Demokratie gegen ihre Diktatur. Auf: news.dkp.de

<sup>18</sup> Nina Hager: Zur Aktualität von Lenins „linkem „Radikalismus“, in: Marxistische Blätter, Ausgabe 4-2017, S. 110

Behinderung der Debatte, die von der jetzigen Parteiführung ausgeht, als auch die Gefahr, die der Zentrismus der jetzigen Parteiführung für die DKP darstellt.

### **Aus der „Austrittserklärung von fünf Frankfurter Genossen aus DKP und SDAJ“**

... Prägend für die Strategie und Praxis der Partei und des Jugendverbands sind Proklamationen, Forderungen und Kampagnen. Dabei spielen, wie aktuell im Bundestagswahlkampf, Umverteilungsforderungen eine große Rolle. Sie erzeugen Illusionen in das kapitalistische System, statt die Arbeiterklasse über die Eigentums- und Machtverhältnisse aufzuklären. Es wird dadurch nicht klar, dass das Privateigentum an Produktionsmitteln die Grundlage der Gesellschaft ist und dieses nicht umverteilt werden kann. Sie orientieren auf den bürgerlichen Staat und eine Regierung, die diese Umverteilung vornehmen soll. Damit wird bürgerliches Bewußtsein in der Arbeiterklasse verfestigt.

Das bedeutet nicht, dass wir den Kampf um Verbesserungen der Lage der Arbeiterklasse und gegen Angriffe des Kapitals ablehnen, im Gegenteil ist er ein wesentlicher Bestandteil unserer Praxis. ...

Die Aufstellung von sogenannten Übergangsforderungen und die Orientierung auf eine „Wende zu sozialem und demokratischen Fortschritt“ soll den Weg zum Sozialismus öffnen und die Arbeiterklasse an die Revolution heranführen. Unserer Überzeugung nach ist das Gegenteil der Fall. Sie schafft die Illusion, dass Frieden, Arbeit und Fortschritt im Kapitalismus möglich seien. Sie vernebelt die Frage der Macht und des Staates und führt damit das Bewußtsein weg von wichtigen Erkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus in der Frage der Revolution der Arbeiterklasse. ...

Durch diese falsche Orientierung in Theorie und Praxis wird die Partei zersetzt, ideologische Zerfahrenheit breitet sich aus. Weil es keine wirksame und wissenschaftlich fundierte gesellschaftliche Praxis gibt, kommt es zu Frustration, Desorientierung und Passivität. ...

Wir sind in die DKP und die SDAJ eingetreten, weil wir die Hoffnung hatten, dass mit einer Debatte über die brennenden und grundsätzlichen Fragen der kommunistischen Bewegung ein lebendiger und schöpferischer Prozess beginnt, der die Potentiale in Partei und Jugendverband mobilisiert und eine Veränderung von Strategie und Praxis herbeiführen könnte. Wir sahen in den Teilen der Partei, die sich zu Recht gegen das 2006 verabschiedete Programm gestellt hatten, das Potential für solch einen Prozess. Mit dem 20. Parteitag schienen sich die Bedingungen dafür verbessert zu haben. Dies hat sich als Fehleinschätzung herausgestellt.

Die Debatte wurde nie richtig begonnen und nun wurde sie explizit beendet. Mit dem Beschluss des Parteivorstands, an der Strategie der DKP festzuhalten und sie nicht zur grundsätzlichen Debatte zu stellen, ist nicht nur ein Tiefpunkt der Auseinandersetzungen in der DKP erreicht, sondern die Mehrheitsverhältnisse so eindeutig wie kaum zuvor. Der neue Leitantrag wurde einstimmig beschlossen, also vermutlich auch mit den Stimmen der Mitglieder des „Netzwerks kommunistische Politik“ im Parteivorstand.

Der Beschluss zur Auflösung des Bezirks Südbayern und der Antrag an den Parteitag, die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der DKP mit der Mitgliedschaft im „Netzwerk Kommunistische Politik“ zu beschließen, sind taktischer Natur und kein Ergebnis eines politischen Prozesses der gesamten Partei. Damit sollen die unzufriedenen Teile der Partei bei der Stange gehalten und der Eindruck erweckt werden, man wende sich gegen den Opportunismus. ... Die relative politische Einigkeit erklärt auch, warum es bisher nicht zu einer Spaltung gekommen ist. Die Strategie der Partei ablehnende Positionen werden dagegen ausgegrenzt.

Unsere Erfahrung in Frankfurt/Main hat gezeigt, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern oder Unterstützern des „Netzwerks Kommunistische Politik“ und den Mitgliedern, die politisch eher auf der Seite der Mehrheit des Parteivorstands stehen, entstanden ist. Es gibt keine Mehrheit für einen harten Kurs gegenüber dem „Netzwerk“. In den meisten Fragen herrscht auch hier grundsätzliche politische Einigkeit. Das hat verstärkte ideologische Verwirrung zur Folge. Unsere Bemühungen in Frankfurt, die Debatte und die Stärkung der Organisation voranzutreiben, sind gescheitert und haben zur Vernachlässigung unserer politischen Praxis geführt.

In der SDAJ ist mit einem alternativen Satzungsantrag, der auf dem nächsten Bundeskongress als Gegenantrag zum Antrag der Geschäftsführung eingebracht werden soll, die Debatte lebendiger und hat zur Entwicklung einiger junger Genossen beigetragen. Zugleich wurde durch die Geschäftsführung zwar zum einen die Strategie der DKP auch für die SDAJ als gültig bezeichnet, eine Debatte darum aber unterbunden. Dennoch hat sich eine Debatte entfaltet, auf die die Geschäftsführung und der Parteivorstand mit starkem Druck auf die Mitglieder, die den alternativen Satzungsantrag vertreten, mit Ausschlussdrohungen, Intrigen und insgesamt einem destruktiven Verhalten reagieren. Dadurch wurden und werden viele junge Genossen frustriert. Zwar wurde ein alternativer Satzungsantrag formal erlaubt, dessen Vertreter werden aber als linksradikal und sektiererisch angegriffen. ...

Objektiv notwendig ist ein Sammlungs- und Klärungsprozess über die wichtigen Fragen der kommunistischen Bewegung. Diesen zu organisieren, ist für uns im Rahmen der DKP und SDAJ nicht möglich. Wir streben keine Fraktionierung und

geheime Treffen mit dazu gehöriger Mausehelei an. Grundsätzlich steht die Frage der Kommunistischen Partei in Deutschland im Raum, jedoch kann sie nicht einfach aus dem Boden gestampft und proklamiert werden. Davon gab es bereits zahlreiche gescheiterte Versuche in der Geschichte der BRD, die wir in unserem Entwicklungsprozess nicht unberücksichtigt lassen können.

Notwendig ist ein Klärungsprozess, der aber nicht zum Debattierclub wird, sondern der von Anfang mit dem praktischen Kampf verbunden ist. Dieser Prozess muss möglichst breit und offen sein, viele Menschen erreichen und einbinden. Es geht um einen Arbeits- und Analyseprozess.

Wir hoffen, auch mit vielen Genossen, die Mitglied der DKP und SDAJ sind und bleiben wollen, in Diskussion zu bleiben oder zu kommen. Wir verstehen und können nachvollziehen, dass Genossen die Partei und den Verband nicht verlassen können und streben an, mit den Genossen aus der SDAJ und DKP und anderen Kommunistinnen und Kommunisten in einem produktiven Austausch zu stehen. Wir werden dazu Überlegungen anstellen und in nächster Zeit Vorschläge machen.

Frankfurt, 05.08.2017

*(Die Namen und damit die Authentizität dieser Erklärung sind der Redaktion bekannt)*

**Leserbrief zu: Jana Frielinghaus, »Kommunisten in Not«, in „junge Welt“ vom 25.08.2017 von Johann Woydt<sup>19</sup> in jW vom 26.08.2017 (online):**

Liebe Genossin Frielinghaus,

nicht die Kommunisten sind »in Not«, sondern die parteifeindliche revisionistische Spalterfraktion um Leo Mayer, Bettina Jürgensen und Heinz Stehr – schlimm genug, dass solche Leute über lange Jahre und Jahrzehnte in der Führung der Partei saßen. Überdies beschränken sich die – journalistisch arg verkürzt dargestellten – »Streitpunkte« natürlich auch nicht allein auf die Europäische Linkspartei und die Beteiligung an der Bundestagswahl – vielmehr geht es in der Auseinandersetzung letztlich um das wesentliche und unverzichtbare Fundament einer kommunistischen Partei: den Marxismus-Leninismus, seine Erhaltung oder Liquidierung.

Jedenfalls wird jeder Marxist-Leninist (ob Mitglied der DKP, anderswo organisiert oder parteilos) die – nach vielen vergeblichen (und schließlich auch irgendwann einmal überflüssigen) Gesprächen – nun endlich im Juni getroffene Entscheidung des

---

<sup>19</sup> Wir bringen die komplette Fassung des Leserbriefes. Die „junge Welt“ hat ihn um drei Namen gekürzt: Leo Mayer, Heinz Stehr und Bettina Jürgensen.

ParteiVorstands, den Bezirk Südbayern aufzulösen und auf dem bevorstehenden 22. Parteitag einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegen die »Netzwerker« herbeizuführen, uneingeschränkt begrüßen! Mögen diese Leute, die man selbst bei Anwendung großzügigster Maßstäbe nicht mehr als Kommunisten bezeichnen kann, als »Netzwerker«, »Marxistische Linke« oder was immer auch sonst ihr Dasein im opportunistischen Sumpf fristen – in der Partei haben sie nichts zu suchen.

Sicherlich wäre es für die Leser der jungen Welt von Interesse, die Position des Parteivorstands (Artikel des Genossen Köbele in der UZ vom 18.08.2017) nachzulesen:

<https://www.unsere-zeit.de/de/4933/21/6235/Verantwortung-wahrgenommen.htm>

Solidarische Grüße, J. Woydt, junge Welt-Leserinitiative Stuttgart

### **Leserbrief in der UZ, 25.8.2017 von Jürgen Lloyd:**

„ Zu Recht weist Patrick darauf hin, dass bereits auf dem letzten Parteitag ein klarer Beschluss zum Umgang mit der Fraktion gefasst wurde. Dieser Beschluss benennt es als einen `für die Arbeit der Partei und für ein einheitliches Handeln schädlichen Zustand´, wenn weiterhin eine Strömung organisiert wird, die sich gegen die beschlossene Politik der Partei stellt.

Irritierend ist aber, wenn Patrick sich sogar damit brüstet, dass er und der Parteivorstand diesen – nach Patricks eigenen Worten - `eindeutigen Auftrag´ missachtet haben. Das scheint mir gerade in Verbindung mit der Kritik an der Netzwerk-Fraktion, bei der es um Beschlussverbindlichkeit geht, von zweifelhafter Konsequenz zu sein.

Der 21. Parteitag hatte explizit den Parteivorstand beauftragt, seine Verantwortung durch die Beendigung des schädlichen Zustandes wahrzunehmen. Leider hat der PV aber, statt dieser ihm gestellten Aufgabe nachzukommen, die Verantwortung an den nächsten Parteitag weitergereicht. Ein Ende ist nicht absehbar.

Damit droht die mit den letzten beiden Parteitagen erkämpfte Chance für eine wieder selbstbewusstere und stärkere DKP unnötig verspielt zu werden. Ich sehe die Gefahr, dass auf diesem Weg Heinz Stehr, wenn er ein `Zurück zur Partei von 2012´ fordert, lediglich mit ein wenig Geduld noch etwas weiter zuwarten muss.

Was Patrick als Differenz zur Partei vor dem 20. Parteitag anzuführen weiß, dürfte für diese Rückentwicklung kein unüberbrückbares Hindernis mehr sein.<sup>20</sup>

---

<sup>20</sup> UZ vom 25.8.2017, S. 15

## Zeitschrift Geheim

### **Frank Flegel: Hinweis auf die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift „Geheim“**

Die „Geheim“ enthüllt seit Jahr und Tag Hintergründe der verdeckten Einflussnahmen auf missliebige Staaten bzw. deren Regierungen durch den Imperialismus.

Wir dokumentieren die Darstellung der Schwerpunkte der Geheim-Redaktion:

#### ***Punkt 1: Perspektiven des Terrors***

*Die Kette der Terror-Anschläge reißt in Europa nicht ab. Manchester und London sind die letzten drastischen und blutigen Beispiele hierfür. Fast täglich jagen sich Terror-Warnungen an unterschiedlichen Orten in Europa; so wurde deswegen u.a. das diesjährige Musik-Festival „Rock am Ring“ aus „Sicherheitsgründen“ unterbrochen.*

*Zwar haben sich in den letzten Monaten in West-Europa mit großem Medien-Tam-Tam begleitete Aktionen der so genannten „Sicherheitsbehörden“ wie Verhaftungen, „Enthüllungen von islamistischen Netzwerken“ oder „Entlarvungen“ von „Gefährdern“ und ihrer Spuren deutlich gesteigert, reduziert hat sich die objektiv vorhandene Gefahrenlage durch den behördlichen Aktionismus allerdings nicht wesentlich. Gerade diese Gemengelage eignet sich jedoch ausgezeichnet als Vorlage für den sich immer weiter verschärfenden Abbau demokratischer Rechte und den damit verknüpften Ausbau der staatlichen Repressionsinstrumente. Zugleich eignen sich die Terrorszenarien für die Pläne reaktionärer, chauvinistischer, rassistischer oder neofaschistischer Politiker und Organisationen, die west-europäischen Gesellschaften immer rechter zu deformieren...*

*Die Realitäten liegen jedoch fern von medialen Propagandabildern oder den herausposaunten Sprechblasen der so genannten „Sicherheits“diensten. Schon die Zahlen alleine sind durchaus erschreckend: in Deutschland leben zwischen 2.000 und 3.000 potentielle Terroristen, die zum harten Kern der wahabitisch-islamistischen Szene gehören; viele von ihnen haben Kriegserfahrungen in Syrien oder dem Irak gesammelt und/oder eine paramilitärische Ausbildung hinter sich. Ein Teil dieser gefährlichen Subjekte hat die deutsche Staatsbürgerschaft; nicht wenige von ihnen sind deutsche Konvertiten. Entsprechende Zahlen für andere west-europäische Länder sprechen ebenfalls eine überdeutliche Sprache: 6.000 bis 7.000 für Frankreich oder für Großbritannien etwa 4.000; da es sich hierbei „lediglich“ um*

*den harten Kern handeln, muss man noch Tausende von gut vernetzten Sympathisanten hinzuzählen. Und genau dieses Netzwerk - bestehend aus islamischen Zentren, Moscheen, aber auch Sprachschulen, Unternehmungen, Kampfsportzentren etc. – entwickelt sich nach wie vor recht dynamisch auf nationalen, regionalen und internationalen Ebenen. Dabei werden auch größere finanzielle Mitteln bewegt und kontrolliert. Nicht unbedeutende Geldspitzen kommen ungehindert aus Saudi Arabien und anderen reaktionären Golfstaaten.*

*Vollkommen verlogene Regierungspolitik in Europa, so könnte man die vergangenen Monate und die politischen Reaktionen auf die Terroranschläge durchaus zutreffend zusammenfassen. Die eigene Bevölkerung spielt für die Herrschenden in Berlin, London, Paris oder Brüssel lediglich die Rolle einer billigen Manövriermasse, wobei unschuldige zivile Opfer durchaus als Kollateralschäden mit einkalkuliert werden. Das kann man durchaus als billigen, menschenverachtenden Zynismus auf Staatsniveau beschreiben. Allerdings wählen die dümmsten Kälber ihre Schlächter immer noch selber; wirklich konsequente Opposition ist in diesem Sinne in West-Europa immer noch schwach entwickelt oder gar auf dem Rückzug. Für alle Fälle hat man schon einmal nationalistische, rassistische, neofaschistische Gruppen und Bewegungen geschaffen, um möglichen Protest kontrolliert zu kanalisieren....*

*Die Reaktionen auf das monströse Terrorattentat im englischen Manchester kann als Blaupause für staatliches Handeln der Herrschenden In Europa und ihrer Medienpapageien gewertet werden. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) titelte am 11.6.17: „Attentäter von Manchester hatte kein Netzwerk“; dabei beriefen sich die FAZ-Schreiberlinge auf die britische Polizei. Die Druckerschwärze dieses Artikels war nicht einmal trocken, als die Realitäten – wieder einmal (!) – die Propagandablasen der Medien zerplatzen lassen.*

*In Wirklichkeit war der libysche Attentäter, Salman Abedi, Teil eines über Jahre hinweg u.a. vom britischen Geheimdienst MI6 herangezüchtetes Netzwerks, das zunächst die Aufgabe hatte, im westlichen Interesse die Regierung Muammar al-Ghadafis zu stürzen. Und dieses Netzwerk hat einen Namen: „Libysche Islamische Kampfgruppe“ („Libyan Islamic Fighting Group/LIFG“). Diese war in enger logistischer Verbindung mit der berühmtesten nordamerikanischen CIA zur Organisation eines pro-westlichen Putsches in Tripolis geschaffen wurden. Marionetten am kuzen Gängelband des Westens. Dabei störte auch nicht, dass die ideologische Basis dieser Terror-Truppe extremster islamistischer Fanatismus ist, auf dessen Basis enge Kontakte zu al-Qaida und/oder Daesh (ISIS) geknüpft wurden. All dies ist den politisch Verantwortlichen in Großbritannien seit Langem bekannt und dennoch bauten die britischen Geheimdienste ihre Zusammenarbeit mit den libyschen Terroristen immer weiter aus, verstärkten ihre logistische Hilfe an die Terrortruppe.*

*Im Vorfeld des vom Ausland orchestrierten Putsches gegen Ghadafi in Tripolis organisierte der MI6 die Reise von LIFG-Kadern – so auch des Attentäters Abedi und seiner Familienangehörigen – in ihr Heimatland, um im Sinne ihrer englischen Auftragsgeber den geplanten Regime Change zu intensivieren. Die bereits erwähnte ideologische Basis war zudem die Basis dafür, den so genannten Arabischen Frühling nach Syrien auszudehnen, um auch in Damaskus ein pro-westliches Regime mit allen Mitteln zu installieren. Islamistische Kämpfer aus Libyen pilgerten nach Syrien, gaben dort notwendige Starthilfen und organisierten massive Waffenlieferungen, um den Krieg gegen das Land und seine legitime Führung immer weiter zu eskalieren und zu brutalisieren. Dies sind exakt die tatsächlichen Hintergründe, die sich sehr leicht noch weiter und detaillierter darstellen ließen, sind der Grund dafür, dass die Regierung in London nun versucht, die Akte zu schließen, in der eben auch steht, dass die britischen Geheimdienste mehrere Warnungen über den späteren Attentäter Sabedi „übersahen“ und eben nichts unternahmen.*

*Doch nicht nur die britischen Behörden üben sich aktiv im Täuschen, Verschleiern und Verleugnen, wenn es um offizielle Unterstützung für islamistische Terroristen geht. Berlin steht dem in Nichts nach. Kommen wir zurück zur libyschen Terrortruppe LIFG, zu der auch der BND operative Kontakte hielt. Nicht nur, um – wie die Briten, Franzosen oder US-Amerikaner – den Putsch in Libyen zu steuern, sondern auch entsprechende Entwicklungen in Syrien in Gang zu setzen. Die libysche LIFG wie auch andere islamistische Terroristen waren (und sind) dabei lediglich Mittel zum Zweck; und dieser heiligt eben alle, auch die brutalsten und menschenverachtendsten, Mittel.*

*Am 29.05.17 meldete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ): „Anschlag auf deutschen Diplomaten geplant; Libyen-Gesandter der UN offenbar im Visier des Bruders des Manchester-Attentäters. Hashim Abedi, ein Bruder des Attentäters von Manchester, soll in diesem Jahr einen Anschlag auf den UN-Gesandten für Libyen Martin Kobler geplant haben (...).“ Dieser BRD-Diplomat hat nicht nur operative Kontakte zum BRD-Auslandsgeheimdienst BND, er hat vor allem die Aufgabe, eine der drei (!) Regierungen in Libyen gegen die Konkurrenten zu unterstützen. Libyen ist nach dem vom Westen orchestrierten Putsch gegen Ghadafi ein komplett zerrissenes Land, wo verschiedene selbst ernannte Regierungen und Terrormilizen um die immensen Rohstoffe des Landes streiten. Auch die BRD möchte dabei auf der Sonnenseite immenser Profite stehen und unterstützt dabei - eben auch über Herrn Kobler – im Wesentlichen exklusiv eine der Konfliktparteien; diese steht jedoch in schärfster Opposition zu al-Qaida- und IS-nahen Kreisen in Tripolis. Deshalb ganz offensichtlich der Anschlagplan gegen Herrn Kobler...*

*Die ganz offensichtliche Kungelei mit islamistischen Terroristen und ihren Netzwerken führt zunehmend zu „Kollateralschäden“ in vielen Ländern des Westens*

– von Berlin über Brüssel, Paris bis zu London... Manchmal wird selbst „Spiegel Online“ realistisch (am 11.05.17): „Unsere Sicherheit ist eine Inszenierung. Daten belegen: Wer in Europa in den vergangenen Jahren ein Attentat verübt hat, war Behörden vorher als gewaltaffin bekannt. Der Staat schludert – und will mehr Überwachung, statt die wahren Probleme anzugehen.“ Im Folgenden werden konkrete Einzelheiten und Daten aufgeführt, die diese Aussage anschaulich dokumentieren. Was jedoch fehlt und dies ist Entscheidend: die Verquickung westlicher „Sicherheits“dienste zum Zweck pro-westlicher Regime Change Operationen im Nahen Osten mit islamistischen Terror-Organisationen. Damit eng verknüpft ist die völlig skrupellose Kumpanei mit schwerreichen Terrorstaaten wie Saudi Arabien. Das Gerede von Menschenrechten und „demokratischen Werten“ ist eben Schall und Rauch, wenn es um Milliarden deals und Absatzmärkte geht...

Das bedeutet in Konsequenz: der Terror wird weitergehen, auch im Westen. Und es ist eben nicht nur der IS (Daesh), sondern zunehmend auch weitere Terrortruppen, die sich ebenfalls auf westliche Protektionen stützen können!

### **Punkt 2: die international orchestrierte Aggression gegen Syrien geht weiter...**

Der anhaltende internationale Terror-Krieg gegen Syrien gewinnt weiter an Dynamik und Gefährlichkeit. Dabei haben sich in den letzten Monaten zwei Tendenzen herausgebildet: Auf der einen Seite werden immer weitere, von diversen Terrorgruppen besetzten Gebiete des Landes befreit und in anderen gewinnen Verhandlungen zur nationalen Aussöhnung an Tiefe. Diese positiven Entwicklungen sind vor allem der Unterstützung Russlands sowie der realen Freunde Syriens (Hezbollah, Revolutionsmilizen aus dem Iran/Pasdaran sowie andere freiwillige Kämpfer) geschuldet. Dies wird flankiert von immer stärker werdenden Fortschritten im Irak, wo Teile der „Volksmobilisierungseinheiten“ (Hash al-Shaab) immer größer werdende Gebiete des irakischen Grenzgebiets zu Syrien von Terroristen befreien und damit deren logistische Versorgungslinien und Rückzugsgebiete abschneiden.

Das alles hat fast schon zu Panikreaktionen bei den westlichen Terrorunterstützern, vor allem in den USA, geführt. Ein Beleg hierfür sind immer neue US-Luftschläge gegen Einheiten der syrischen Armee und ihre Verbündeten, vor allem umso intensiver, als diese sich immer mehr Gebieten im unmittelbaren Grenzgebiet zu Irak (z.B. Grenzübergang bei Al-Tanf) näherten. Diese direkten US-Luftangriffe sowie die mit ihnen koordinierte Operationen von US-Spezialkräften zielen darauf ab, Korridore in Syrien mit allen militärischen Mitteln zu schaffen, um Zonen der Kontrolle durch die von den USA dirigierte pro-westlichen Terrororganisationen zu etablieren, die sich weiter für Destabilisierungsstrategien des Westens nutzen lassen. In Jordanien sammeln US-Spezialisten von ihnen trainierte Terroristen, um vom Süden her gegen Damaskus vorzugehen; dabei werden auch nicht wenige Daesh (IS)-

*Terroristen miteinbezogen. In Zentralsyrien (Stichwort: „Befreiung Rakka“) und im Norden des Landes an der Grenze zur Türkei sollen aus Sicht der Strategen in Washington die syrischen Kurden eine Schlüsselrolle spielen. Viele Führer der syrischen Kurden scheinen sich inzwischen entschlossen zu haben – ähnlich wie ihre „Brüder“ im Irak – aus kurzfristigen nationalistischen Gründen heraus, objektiv als Marionetten ihrer „Verbündeten“ in den USA zu agieren; US-Befehle werden dabei in strammer Haltung prompt ausgeführt. Die US-Strategen belohnen diese kurdische Vasallentreue mit immer neuen und schwereren Waffenlieferungen. Ein sehr perverses Beispiel für die Willfährigkeit vieler syrischer Kurdenführer ist die mehrfach belegte Tatsache, dass die von den syrischen Kurden geführten „Syrisch Demokratischen Kräfte“ auf Weisung Washingtons Fluchtkorridore für die Daesh-Terroristen aus dem eingekesselten Rakka offenhalten, damit diese ihre Kämpfer gegen die syrische Armee richten können. Die Verhandlungen mit Daesh hierüber hat die CIA über Mittelsmänner geführt. Bei diesen geplanten Szenarien gibt es jedoch eine Reihe von offenen Fragen, nicht nur, was die Rolle der Türkei insbesondere angesichts des angekündigten Referendums über die „Unabhängigkeit“ der kurdischen Region des Irak betrifft. Jede Verlängerung des Schlachtens nutzt nur den US-Strategen und ihren terroristischen Marionetten...*

### ***Punkt 3: GEHEIM-Redaktion von Ereignissen überrollt***

*Die so genannte „Neue Weltordnung“ hat immer neue Überraschungen in Petto, besonders in der Region des Nahen Ostens.*

*Am 7. Juni überfielen Terroristen das Parlament in Teheran (Iran) und zeitgleich das Mausoleum zu Ehren des verstorbenen iranischen Revolutionsführers Imam Khomeini. Die Angreifer hinterließen Tote, Verletzte und Verwüstung. Recht schnell bekannte sich Daesh (IS) zur Urheberschaft. Es gibt jedoch mehr und mehr Hinweise und Belege, dass die Kernorganisatoren aus dem Geheimdienst MOSSAD des zionistischen „Israel“ kommen, der zu diesem Zweck in den letzten Monaten unter verschiedenen Terrorgruppen, auch und nicht nur Daesh, verschiedene operative Gruppen aufbaute. Codebezeichnung: „Toufan“. Dies geschieht in engster Koordinierung mit der nordamerikanischen CIA, die inzwischen mit Michael D'Andrea einen ausgesprochenen Hardliner als Verantwortlichen für die anti-„Iran-Abteilung“ hat. Wenn es gegen den Iran geht, dann darf Saudi Arabien natürlich nicht fehlen; sein Geheimdienst steuert Millionen US-Dollar für Operation „Toufan“ bei. Gewisse logistische Unterstützung leistete zudem der BRD-Geheimdienst BND.*

*Fast zeitgleich eskalierte der Streit zwischen Katar und Saudi Arabien und dessen Gefolgsleuten am Golf nur kurz nach dem medial hoch gejubelten Besuch von Donald Trump in Riad. Ganz nebenbei fielen dabei 110 Milliarden (!) US-Dollar für US-Rüstungsfirmen ab. Nur ein Schelm glaubt da an keine Zusammenhänge...*

*All dies und natürlich vor allem die in der Regel verschwiegenen Hintergründe werden wir in GEHEIM in den nächsten Ausgaben beleuchten!*

*GEHEIM-Redaktion & Michael Opperskalski (Köln)*

*Postfach 270324, 50509 Köln*

*redaktion-geheim@geheim-magazin.de, www.geheim-magazin.de*

offen-siv intern
------------------

## **Miclas Lacorn: Hilfe für die Arbeit am Projekt einer neuen Webseite der offen-siv erforderlich**

Liebe Leserinnen und Leser der offen-siv,

die aktuelle Webseite der Offensiv bietet leider nur die Möglichkeit, die Ausgaben als PDF herunter zu laden bzw. sie komplett als Text online zu lesen.

Deshalb habe ich im vergangenen Jahr damit begonnen, die Artikel und Ausgaben online zu archivieren. Es ging mir zunächst darum, dass alle Artikel, die bisher in der offen-siv erschienen sind, themen- bzw. autorenbezogen gesucht und gefunden werden können.

Der aktuelle Zwischenstand kann hier eingesehen werden: <http://offen-siv.kommunistische-geschichte.de>

Leider merke ich immer mehr, dass ich dieses Werk alleine nicht bewältigen kann und ersuche Euch nun, diese Arbeit zu unterstützen.

Worum geht es konkret?

Konkret geht es darum, die Artikel der offen-siv-Ausgaben aus den PDF Dateien bzw. wenn vorhanden HTML-Seiten oder Word-Dateien in das Content Management System WordPress einzufügen. Dies ist keine schwere Sache, nur eben eine zeitaufwendige und kontinuierliche Beschäftigung, die mit grundlegenden Textverarbeitungskenntnissen schnell erlernt werden kann.

Dazu kommt die Kategorisierung sowie die Bearbeitung des Veröffentlichungszeitpunktes der Artikel. Die Erfassung eines Artikels bzw. einer

Ausgabe nimmt nicht sehr viel Zeit in Anspruch und kann bequem nach der Arbeit zur Entspannung erledigt werden.

Wieso der ganze Aufwand?

Wir leben in einer nicht revolutionären Zeit, in der wir unsere Reihen festigen und die Grundlagen unserer theoretischen wie praktischen Arbeit klären und stählen müssen. Diese Aufgabe erfordert viel revolutionäre Geduld, aber ohne eine klare revolutionäre Theorie kann es keine revolutionäre Bewegung geben, wie Lenin schon sagte. Und das gilt in einer noch immer zutiefst konterrevolutionären Situation wie der heutigen ganz besonders. Zu dieser Festigung unserer Grundlagen ist es ein wichtiger Beitrag, uns kontinuierlich um die Archivierung dessen zu kümmern, was in den letzten Jahren an theoretischen Erkenntnissen geliefert wurde und geliefert wird.

Ich hoffe, dass das Projekt Eure Beachtung findet und sich ein produktives Kollektiv zusammenfinden wird.

Meldet Euch einfach bei Interesse per E-Mail: [lacorn@kpd-nrw.de](mailto:lacorn@kpd-nrw.de)



---

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14

37194 Bodenfelde-Wahmbeck

Postvertriebsstück,

DPAG, H 14360

Entgelt bezahlt